

Martin Höpner

Ist Politik gegen Verbände möglich? 25 Jahre Mancur Olsons „The Rise and Decline of Nations“

Einleitung: Mancur Olson und seine Rezeption in der deutschen Politikwissenschaft

Meine Auseinandersetzung mit dem Werk Mancur Olsons wurzelt in der Heidelberger Studienzeit. In einem selbstorganisierten Lesezirkel beschäftigten wir uns unter anderem mit dem in deutscher Übersetzung damals noch jungen „The Rise and Decline of Nations“ (nachfolgend: RDN). Worin der Reiz dieser Auseinandersetzung lag, schien von Anfang an festzustehen, konnte es doch nur darum gehen, sich *gegen* Olson zu wenden. Hatten uns unsere Dozentinnen und Dozenten nicht als entscheidende Einsicht der politikwissenschaftlichen Korporatismusdiskussion beigebracht, dass Verbände in entwickelten Demokratien gerade *nicht* nur Verteilungscoalitionen sind, die der Gesellschaft parasitär aufliegen und deshalb letztlich den Niedergang ganzer Nationen herbeiführen? Sondern dass sie, ganz im Gegenteil, durch Aushandlung von Kompromissen und die damit einhergehende Disziplinierung ihrer Mitglieder eigenständige Steuerungsleistungen erbringen, die durch Staat und Markt oft nur unzureichend bereitgestellt werden können? Dass verbandliche Selbstorganisation also ein zu Staat und Markt komplementäres, in mancher Hinsicht vielleicht sogar: überlegenes Modell sozialer Ordnung ist?

Den damaligen politikwissenschaftlichen Diskussionsstand hatten wir, so meine ich noch heute, korrekt eingeschätzt. Nimmt man den 25. Geburtstag von Olsons Buch zum Anlass für eine Rückschau auf Rezeptionsgeschichte und allgemeine Verbändediskussion, wird man zu dem Ergebnis kommen, dass sich die vorherrschende Interpretation verbandlich durchorganisierter Gesellschaften – nicht nur der deutschen – verändert hat. Die Korporatismuseuphorie, deren späte Ausläufer wir seinerzeit miterlebt hatten, ist weitgehend verflogen. Differenziertere, kritischere Urteile über die gesellschaftlichen Wirkungen verbandlicher Aushandlungsprozesse herrschen nunmehr vor. Im Saldo hat sich die vorherrschende Interpretation des Verbändewesens spürbar an Olson angenähert – nicht, wie ich in diesem Beitrag argumentieren werde, an die in RDN formulierte *Theorie*, sondern an die in ihr enthaltene *Heuristik* der Verteilungscoalition. In welcher Hinsicht die These von der (graduellen) politikwissenschaftlichen Annäherung an Olson zutrifft, welche Aspekte von Olsons Theorie nach 25 Jahren politikwissenschaftlicher Rezeptionsgeschichte

MPIfG Journal Article

Martin Höpner: Ist Politik gegen Verbände möglich? 25 Jahre Mancur Olsons „The Rise and Decline of Nations“. In: *Leviathan* 35(3), 310–347 (2007). Lucius & Lucius Verlag
<http://dx.doi.org/10.1007/s11578-007-0020-8>

The MPIfG Journal Articles series features articles by MPIfG researchers published in peer-reviewed scholarly journals as well as articles by visiting researchers written at the institute. | Max Planck Institute for the Study of Societies (MPIfG) Cologne | www.mpiifg.de

revisionsbedürftig erscheinen und welche von Olson diskutierten Fragen nach wie vor unbeantwortet sind, wird nachfolgend diskutiert.

Der Aufstieg und Niedergang von Nationen: Grundzüge der Argumentation

In RDN, erstmals veröffentlicht im Jahr 1982, führt Olson eine Argumentation fort, die in seiner im Jahr 1965 veröffentlichten Promotionsschrift „The Logic of Collective Action“ (nachfolgend: LCA) begann.¹ Olsons wirtschaftswissenschaftlicher Herkunft entsprechend dem methodologischen Individualismus verpflichtet, verknüpfen LCA und RDN wirtschaftswissenschaftliche, politologische und soziologische Fragestellungen und wurden in allen drei Disziplinen intensiv rezipiert. Seit den achtziger Jahren galt Olson als Anwärter für den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Über die Grenzen der Wissenschaft hinaus fanden Olsons Einsichten Anerkennung in Politik und Öffentlichkeit. So begründete Otto Graf Lambsdorff (FDP) vor dem Deutschen Bundestag im Jahr 1998 die Notwendigkeit einer Liberalisierung der Unternehmenskontrolle damit, dass „wir in Deutschland – ich muss jetzt wieder an den Tod von Mancur Olson denken – eine ‚rent-seeking society‘ sind“.²

Olsons Argumentation in RDN vereint die Lehrbuchprinzipien einer guten Theorie: Sie entspricht dem Ockhamschen Prinzip wissenschaftlicher Sparsamkeit, kommt also mit einem schlanken Körper von Annahmen und Argumentationsschritten aus; mit diesem schlanken Instrumentarium versucht sie, viel zu erklären – in der Tat nicht weniger als den „Aufstieg und Niedergang von Nationen“; sie ist so formuliert, dass sie der empirischen Überprüfung in hohem Maß zugänglich und damit im Prinzip widerlegbar ist; sie ist offen für die Kopplung an andere Theorien bzw. Teiltheorien.³ Die Grundzüge der Argumentation lassen sich in sechs Schritten zusammenfassen.

- 1 Olson bezeichnet RDN als „an outgrowth of *The Logic of Collective Action* and in large part even an application of the argument in it“ (Olson 1982, S. 18). Für die vorliegende Diskussion ist zudem eine Reihe von Aufsätzen Olsons relevant, die sich entweder mit den Argumentationen in LCA und RDN überschneiden oder in denen sich Olson mit der politikwissenschaftlichen Kritik an RDN auseinandersetzt (Olson 1986a; 1986b; 1991a; 1991b; 1995).
- 2 Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Protokoll der 222. Sitzung, 5. März 1998, S. 20361. Mancur Olson erlag im Februar 1998 im Alter von 66 Jahren einem Herzinfarkt.
- 3 In RDN wendet sich Olson vielfach explizit gegen monokausale Erklärungen (Olson 1982, S. 7, 14, 15, 129, 164, 169). Die Theorie verfährt nicht, wie ihr mitunter vorgeworfen wurde, monokausal, sondern – in der Terminologie von Ganghof (2005) – x-zentriert. Sie fragt nicht: Welches sind die Determinanten wirtschaftlicher Stagnation?, sondern: Welche wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wirkungen entfaltet institutionelle Sklerose? Im Unterschied dazu operiert LCA y-zentriert und fragt: Unter welchen Umständen ist kollektives Handeln möglich?

Erstens: Kollektives Handeln als Kollektivgut-Problem. Die ersten Argumentationsschritte fassen Erkenntnisse aus LCA zusammen und spitzen sie zu. Pluralisten und Marxisten, so Olson, vereint die Erwartung, dass sich Individuen mit gleichgerichteten Interessen in Gruppen organisieren und kollektiv handeln (Olson 1965, S. 57-60, 102-105; 1982, S. 20). Diese Erwartung, so Olson, läuft auf der Basis mikroökonomischer Verhaltensannahmen ins Leere: Kollektives Handeln ist selbst dann alles andere als selbstverständlich, wenn alle Beteiligten sicher sein können, dass die Ziele des kollektiven Handelns – zum Beispiel: das Lobbying für ein bestimmtes Steuer- oder Handelsgesetz – tatsächlich erreicht werden. Denn von den Ergebnissen der Lobbytätigkeit profitieren auch jene Gruppenmitglieder, die nichts zu ihr beigetragen haben. Das rational kalkulierende Gruppenmitglied wägt die Kosten des Eigenbeitrags gegen einen Nutzen ab, für den es lediglich einen marginalen Unterschied macht, ob es selbst zum Kollektivgut beigetragen hat oder nicht. Kollektives Handeln in Verbänden, Kartellen und allen vergleichbaren Organisationszusammenhängen unterliegt also einer Kollektivgut-Logik, die – im Unterschied insbesondere zur pluralistischen Verbändetheorie – erwarten lässt, dass organisiertes Handeln in großen Gruppen *nicht* oder zumindest doch nur in einem aus Sicht des aggregierten Gruppennutzens suboptimalen Ausmaß zustande kommt.

Zweitens: Gruppengrößen und der Zugang zu selektiven Anreizen. Wie kann kollektives Handeln dennoch entstehen? Zum einen in sehr kleinen, „privilegierten“ Gruppen. In ihnen kann das relative Gewicht einzelner Gruppenmitglieder so groß sein, dass ein unmittelbarer Anreiz entsteht, zur Entstehung des Kollektivguts beizutragen (Olson 1982, S. 29-34). Je größer aber die Gruppe, umso kleiner – und in Gruppen von Tausenden oder gar Millionen von Mitgliedern sogar: kaum noch wahrnehmbar – wird dieser Anreiz. Außerhalb von sehr kleinen Gruppen entscheidet deshalb der Zugang zu selektiven Anreizen darüber, ob kollektives Handeln zustande kommt oder nicht. Selektive Anreize sind positive oder negative Impulse, die ausschließlich die Gruppenmitglieder betreffen, die zur Bereitstellung des Kollektivguts beigetragen bzw. nicht beigetragen haben. Ein Beispiel für einen positiven Anreiz sind Streikgelder für Gewerkschaftsmitglieder. Ein negativer Anreiz ist beispielsweise Gewalt, die einem Gruppenmitglied angedroht wird, das sich kollektivem Handeln verweigert – nicht ohne Grund, so Olson, war die Entstehung freier Gewerkschaften in vielen Ländern von Gewalt innerhalb der zu organisierenden Klientel begleitet. Allerdings ist die Verfügbarkeit selektiver Anreize zwischen kleinen und großen Gruppen wiederum ungleich verteilt (Olson 1982, S. 21). In kleinen Gruppen können „social selective incentives“ – Tadel, Verbannung, Achtung, Ehre – zu kollektivem Handeln motivieren. In großen und heterogenen, „latenten“ Gruppen hingegen verlieren solche Mechanismen an Bedeutung (Olson 1982, S. 23-25). Im Ergebnis determinieren die Gruppengröße und der Zugang zu selektiven Anreizen die Wahrscheinlichkeit kollektiven Handelns (Olson 1982, S. 34).

Drittens: Organisiertes Handeln braucht Zeit. Die Bereitstellung selektiver Anreize ist, so Olson, ein langwieriger Prozess. Selektive Anreize müssen finanziert werden,

was wiederum die Lösung eines Kollektivgut-Problems voraussetzt (Olson 1982, S. 38-41). Je länger sich eine Gesellschaft in Friedenszeiten stabil entwickeln konnte, umso mehr steigt die Wahrscheinlichkeit des kollektiven Handelns in organisierten Gruppen. Wegen der Asymmetrie in der Organisationsfähigkeit kollektiver Interessen werden die Partialinteressen kleiner, homogener Gruppen besser organisiert sein als die Interessen latenter, heterogener Gruppen.

Viertens: Handlungsanreize organisierter Interessen. Welchen Unterschied macht es, ob organisiertes Handeln zustande kommt oder nicht? Olson zufolge können Organisationen ihren Mitgliedern prinzipiell auf zweierlei Weise dienen: indem sie die Gesellschaft als Ganzes produktiver machen, oder indem sie einen größeren Anteil des erwirtschafteten Sozialprodukts für ihre Mitglieder reklamieren. Die erste dieser Alternativen erscheint wegen eines Kollektivgutproblems zweiter Ordnung unwahrscheinlich. Von Ausnahmen abgesehen, vertreten Organisationen ihrerseits nur kleine Teile der Gesellschaft, so dass die Kosten vermehrter Anstrengungen zur Ausweitung der gesamtgesellschaftlichen Produktivität zwar vollständig auf die Mitglieder der Sonderinteressengruppe zurückfallen, der Nutzen aber zum Kollektivgut wird. Der Kampf um einen höheren Anteil am Sozialprodukt folgt hingegen einer anderen Logik, entfallen hier doch nicht nur die Kosten, sondern auch der Nutzen ausschließlich auf die Gruppenmitglieder. Interessengruppen haben also stets einen Anreiz, auf Umverteilung hinzuwirken – auch und sogar gerade dann, wenn dadurch die gesellschaftliche Gesamtproduktivität sinkt. Organisierte Interessen sind deshalb ihrer Natur nach Verteilungskoalitionen bzw. „rent seeking organizations“ (Olson 1982, S. 44). Sie kämpfen für die Eliminierung von Preis- und Lohnflexibilität, für Sonderregulierungen zur Steigerung der auf die Organisationsmitglieder entfallenden Renten, für die Aufteilung von Märkten und für die Begrenzung der Marktzutrittschancen potenzieller Wettbewerber (Olson 1982, S. 41-47). „(A) society dense with narrow special-interest organizations is like a China shop filled with wrestlers battling over its contents, and breaking far more than they carry away“ (Olson 1986b, S. 173).

Fünftens: Institutionelle Starrheit und (annähernde) Irreversibilität. Eine Einsicht aus dem bisherigen Gang der Argumentation lautete, dass in latenten Gruppen nicht die zu erwirtschaftenden Kollektivgüter für das kollektive Handeln verantwortlich sind, sondern selektive Anreize (Olson 1982, S. 21). Das bedeutet aber auch: Organisationen, die sich zur Erlangung und Behauptung ihrer Stellung selektive Anreize beschaffen konnten, werden im Grenzfall selbst dann noch als Organisationen überleben, wenn das Kollektivgut, das sie einst bereitstellten, von den Gruppenmitgliedern nicht mehr gebraucht wird: „Selective incentives make indefinite survival feasible“ (Olson 1986b, S. 40). Zudem gilt: Je mehr Sonderregulierungen organisierte Gruppen zu ihrem Schutz auf Kosten der Gesamtgesellschaft durchgesetzt haben, umso unwahrscheinlicher wird, dass es Gesellschaften gelingt, sich in Friedenszeiten (und unter Annahme liberaler Vereinigungsfreiheit) mit durchgreifender Liberalisierungspolitik von den Sonderinteressengruppen und den von ihr herbeigeführten

Sonderregeln zu befreien. Je älter also die Demokratie, so Olson, umso hartnäckiger und irreversibler wird sie der „institutional sclerosis“ (Olson 1982, S. 78, 210, 217) verfallen sein.

Sechstens: Niedergang von Nationen. Die Produktivität durchorganisierter Gesellschaften muss zwangsläufig abnehmen. Heftige Konjunkturschwankungen, konjunkturübergreifend sinkende Wachstumsraten, Innovationsschwäche, unfreiwillige Arbeitslosigkeit und abnehmende Verteilungsgerechtigkeit sind die Folge (Olson 1982, S. 207-224). Aber die Symptome institutioneller Sklerose beschränken sich nicht auf wirtschaftliche Folgen im engeren Sinne. Es setzt, so Olson, ein ideologischer Wandel ein, in dessen Verlauf sich die Gesellschaft zunehmend auf einen unproduktiven Kampf um das Sozialprodukt konzentriert. Auch sozialer und ethnischer Diskriminierung leisten Verteilungskoalitionen, Olson zufolge, Vorschub (Olson 1982, S. 164-165). Die Evolution ganzer Gesellschaften wird in neue Richtungen gelenkt (Olson 1982, S. 73). Sie befinden sich in politischem, wirtschaftlichem und moralischem Niedergang. „(S)pecial interests are [...] harmful to economic growth, full employment, coherent government, equal opportunity, and social mobility“ (Olson 1982, S. 237).

Wie Olson zu Recht anmerkt, führt er in RDN ein Argument, das in seinen Grundzügen einer Marxschen Denkfigur ähnelt (Olson 1982, S. 145). Im „Kommunistischen Manifest“ hatten Marx und Engels argumentiert, dass der Kapitalismus die sozialistische Gegenbewegung in Form eines sich organisierenden Proletariats notwendig hervorbringt: „Sie“ – die Bourgeoisie – „produziert vor allem ihren eigenen Totengräber“ (Marx/Engels 1972, S. 474). Auch RDN verweist auf einen inneren Widerspruch in – in diesem Fall – demokratisch verfassten kapitalistischen Gesellschaften: So lange sich ihre politischen Systeme ungestört⁴ entwickeln, bringen sie die Störfaktoren des Akkumulationsprozesses unweigerlich und systematisch aus sich selbst heraus hervor.

Steuerungsleistungen umfassender Verbände: Die Gegenthese der Korporatisten

Olsons Argumentation wurde in der Politikwissenschaft mit großem Interesse aufgenommen. Sie traf einen empfindlichen Nerv. Die Korporatismus-Debatte, die unter starker deutscher Beteiligung auf die gesamte Politikwissenschaft und auf Nachbardisziplinen ausstrahlte, befand sich auf ihrem Höhepunkt (Czada 1994). So erfolgte

⁴ Ungestörte institutionelle Entwicklung ist demnach kein Wert an sich – ganz im Gegenteil. In Olsons (drastischen) Worten: „We can now see more clearly that the contention of some conservatives that if social institutions have survived for a long time, they must necessarily be useful to the society, is wrong. We can also appreciate anew Thomas Jefferson’s observation that the tree of liberty must be refreshed some time with the blood of patriots and tyrants“ (Olson 1982, S. 141; Hervorhebung im Original).

die politikwissenschaftliche Kritik an Olsons Theorie dann auch vor allem unter Verweis auf die Befunde der Korporatismusforschung, die Olson – so der Einwand – unzureichend rezipiert habe (siehe zum Beispiel von Beyme 1986, S. 117; Hartmann 1995, S. 106; Keller 1990, S. 517-519; Lehbruch 1986; Schmidt 1992, S. 16-17; Voelzkow/Hilbert 1992, S. 129). Olson verwechsle einen Sonderfall der Interessenvermittlung – den der pluralistischen Interessenvermittlung durch ein zersplittertes, kompetitives Verbändewesen – mit dem Normalfall. Seine Theorie sei auf Deutschland als einem zum Korporatismus tendierenden Mischtyp allenfalls zu einem geringen Teil, auf Länder wie Österreich, Schweden und andere aber überhaupt nicht anwendbar. Dort seien Formen des Zusammenwirkens von Verbänden und Staat zu beobachten, die nicht als das Olsonsche Negativsummenspiel, sondern als Positivsummenspiel zu beschreiben seien: Formen der Interessenvermittlung, die eigenständige Steuerungsleistungen und damit ein spezifisches, von anderen Steuerungsformen nicht hervorzubringendes Produktivitätspotenzial erwirtschaften.

Die grundlegende Entdeckung der Korporatismusforschung war, dass die Modellwelt der pluralistischen Interessenvermittlung die Realität in vielen europäischen Ländern nicht korrekt beschrieb. Anstelle konkurrierender Verbände – so die klassische Korporatismusdefinition bei Schmitter (1974, S. 93-94) – fanden sich Formen quasi-monopolistischer Interessenrepräsentation in funktional differenzierten Arenen, die hierarchisch organisiert und staatlich als legitime Interessenvertretungen anerkannt (wenn nicht sogar staatlich geschaffen) waren und deren Interessenartikulation und Auswahl von Führungskräften häufig einem gewissen öffentlichen Einfluss unterlagen. Zudem wurden umfassende Formen der Partizipation solcher Gruppen an der Gesetzgebung beobachtet, die über das von Olson beschriebene Lobbying weit hinausreichten und von Lehbruch als korporatistische Konzertierung beschrieben wurden (Lehbruch 1979, S. 53). Besonders ausgeprägt waren diese Formen der Interessenorganisation und -vermittlung bei den Verbänden von Arbeit und Kapital, also bei Industrie- und Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und dem halb öffentlich, halb privat organisierten Kammerwesen.

Warum schrieb man korporatistischer Interessenvermittlung besondere Steuerungsleistungen zu? Olson zufolge muten Verbände der Gesellschaft ausschließlich Forderungen zu. Irgendeinen erkennbaren Rückfluss von Ressourcen an die Gesellschaft lässt die Theorie nicht erwarten. Einig sind sich Olson und Korporatisten darin, dass Interessenträger sozial unverträgliche Präferenzen haben können. Die Theorien differieren aber darin, ob diese Präferenzen gegenüber der institutionellen bzw. organisatorischen Struktur, in der sie zur Geltung kommen, endogen oder exogen modelliert werden müssen. Die Korporatismustheoretiker schrieben umfassend und stabil organisierten Verbänden die Fähigkeit zu, sozial unverträgliche Präferenzen in sozial verträgliche zu transformieren und auf Gruppeninteressen also aktiv einzuwirken, ja sogar, sie als solche erst hervorzubringen (Streeck/Schmitter 1985, S. 144-146; Streeck 1994, S. 9-17). So ließ sich die Frage, ob Arbeitnehmer ein Interesse an militanter Lohnpolitik hatten, erst in Kenntnis des Systems der Interessen-

vermittlung beantworten: Vor dem Hintergrund fragmentierter, pluralistisch organisierter Berufsverbände konnte in den siebziger Jahren Großbritanniens nur Lohnmilitanz den Mitgliedern einen konstanten Anteil am Sozialprodukt sichern, unbeschadet der Inflation, die damit erzeugt wurde. In umfassenden Interessenorganisationen ließ sich hingegen dem Interesse an Reallohnsicherung unter Berücksichtigung des Interesses an einer niedrigen Inflationsrate Rechnung tragen; es hing, so der Befund, von der institutionellen und organisatorischen Struktur ab, welche Interessen man in ihr haben konnte (Streeck 1994, S. 13).

Der Sachverhalt einer aktiven Interessen*bearbeitung* durch Verbände lässt sich mit Hilfe der von Streeck eingeführten Unterscheidung zwischen Mitgliedschafts- und Einflusslogik verdeutlichen (Streeck 1994, S. 13-15; 1999, S. 3). Verbände sind intermediäre Organisationen, die zwei Umwelten gerecht werden müssen: ihren Mitgliedern und dem Sozialzusammenhang, auf den sie Einfluss nehmen wollen. Um diese Logiken miteinander in Einklang zu bringen, muss das Wünschenswerte (Mitgliedschaftslogik) so bearbeitet und geformt werden, dass es mit dem Machbaren (Einflusslogik) zu einem Mindestmaß in Einklang gebracht werden kann. Folglich müssen Verbände nicht nur die Gesellschaft über das aus Sicht der Mitglieder Wünschenswerte, sondern auch die Mitglieder über das gesellschaftlich Machbare aufklären – und dem im Prozess der Interessenartikulation Rechnung tragen. Nun hängt es von der institutionellen und organisatorischen Struktur ab, wie strategiefähig Verbände gegenüber ihren Mitgliedern sind und ob sie überhaupt die Möglichkeit haben – wie Claus Offe sagte –, „ihren Mitgliedern gegenüber wie Quasi-Regierungen auf(zu)treten, [...] Konformitätspflichten (zu) etablieren und im Abweichungsfalle Sanktionen an(zu)wenden“ (Offe 1984, S. 244). Pluralistische Verbände sind vor allem von der Mitgliedschaftslogik geprägt und deshalb im wesentlichen Lobbies im Sinne Olsons. Mit einem Repräsentationsmonopol ausgestattete, korporatistische Verbände haben hingegen bessere Chancen, Mitgliedschafts- und Einflusslogik miteinander in Einklang zu bringen und auf diesem Wege disziplinierend auf etwaige sozialunverträgliche Präferenzen ihrer Mitgliedschaft einzuwirken. So verwundert nicht, dass Marxisten den Korporatismus als soziale Praxis ablehnten: Durch ihn werde der „wahre“ Charakter der Gewerkschaften verfälscht (Rachel 1981, S. 8).

Neben der potenziellen Fähigkeit umfassender Verbände, die Artikulation privater Interessen in gesellschaftsverträgliche Bahnen zu lenken, betonten die Korporatisten die Möglichkeit der Staatsentlastung durch (Teil-)Übertragung öffentlicher Aufgaben an so genannte „private Interessenregierungen“ (Streeck/Schmitter 1985). In dieser Konstellation nutzt der Staat den monopolistischen Charakter von Verbänden und deren im Vergleich zu Behörden bessere Informiertheit über Anliegen und Belastbarkeit ihrer Mitglieder, um sie mit öffentlichen Aufgaben zu betrauen, die der Staat nur unter Hinnahme größerer Reibungsverluste wahrnehmen könnte. Im Ergebnis entsteht eine Grauzone zwischen öffentlich und privat, die sich im besten Fall produktiv in den Dualismus zwischen Staat und Markt einfügt. Beispiele hierfür

sind etwa die vom Deutschen Sportbund organisierte Sportgerichtsbarkeit, das Deutsche Institut für Normung und die freien Wohlfahrtsverbände.

Diese Produktivitätspotenziale lagen für die Korporatisten stets nur unter der Randbedingung einer nicht notwendig vollständigen, aber als Leitprinzip dominierenden monopolistischen Interessenrepräsentation vor. War diese Bedingung erfüllt, galt – im Gegensatz zur Olsonschen Argumentation – ein entwickeltes Verbändewesen vor allem in der frühen Phase der Korporatismusdebatte als alternativen Formen der Interessenvermittlung nicht nur ebenbürtige, sondern durchaus sogar überlegene institutionelle Form.⁵ Zwar mochte, so die Korporatisten, Olsons Theorie einer überlegenen Produktivität der reinen Marktgesellschaft gegenüber unterschiedlichen Formen durchorganisierter „Verbändestaaten“ korrekt aus den Annahmen des neoklassischen Rationalmodells abgeleitet worden sein (vergleiche dazu die nach rechts gekippte U-Kurve in Schaubild 1).⁶ Ob der von Olson anvisierte optimale linke Teil der Kurve aber in der Realität jemals erreichbar war, war eine empirische Frage; und viel schien dafür zu sprechen, die Möglichkeit einer annähernd verbände-freien Gesellschaft skeptisch zu beurteilen.

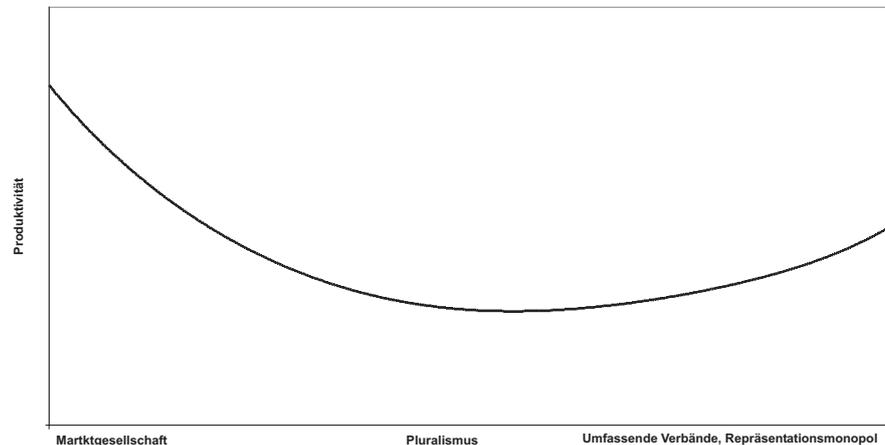
Verbände, zumal Gewerkschaften, erschienen in westlichen Gesellschaften als unumstößliche empirische Realität, und – hierin wiederum bestand Einigkeit mit Olson – keine absehbare gesellschaftliche Entwicklung, und auch kein in freiheitlichen Gesellschaften politisch gangbarer Weg, schienen daran etwas ändern zu können. Das galt quer durch die in der Literatur unterschiedenen Typen der Interessenvermittlung. Im Jahr 1980 hatten die italienischen Gewerkschaften eine Nettoorganisationsquote von 35,2 Prozent, die niederländischen von 31,0 Prozent, die britischen von 46,6 Prozent, die australischen von 41,6 Prozent und die dänischen von 64,9 Prozent.⁷ Diese Tatsachen legten nahe: Der linke Teil der Olsonschen Kurve war in der Praxis nicht erreichbar; für die empirisch vorfindbaren Fälle war nicht die Unterscheidung zwischen Markt- und Verbändegesellschaft, sondern die zwischen

5 Mitunter ist argumentiert worden, die These von der Überlegenheit korporatistischer Interessenvermittlung sei schon immer das Resultat einer Fehlinterpretation der Korporatismusliteratur gewesen (Crouch 2006, S. 54-55). Gewiss fanden sich in diesem Literaturzweig unterschiedliche Einschätzungen zur (vermeintlichen) Überlegenheit bestimmter Formen der Interessenvermittlung über andere, wurde die Korporatismusdebatte doch von Teilnehmenden mit unterschiedlichsten Hintergründen und Fragestellungen geführt (Czada 1994). Zumindest für die entscheidenden frühen Arbeiten aus der Korporatismusliteratur gilt m.E. aber durchaus, dass in ihnen nicht nur eine evolutionäre Perspektive (also trendmäßige Entwicklung hin zur korporatistischen Interessenvermittlung), sondern auch die Annahme einer besonderen Adäquatheit des Korporatismus angesichts der typischen Probleme reifer Industriegesellschaften dominierte (siehe etwa Schmitter 1979). Vergleiche dazu auch die Ausführungen über die Befunde der quantitativen Korporatismusstudien in diesem Abschnitt.

6 Warum der rechte Teil der Olsons Theorie abbildenden Kurve steigt, wird im nachfolgenden Abschnitt eingehender erläutert.

7 Gewerkschaftsmitglieder (ohne Rentner) in Prozent der Zivilbeschäftigten; berechnet aus den Rohdaten im Comparative Political Dataset (Armingeon et al. 2007).

Schaubild 1: Die Produktivität von Spielarten der Interessenvermittlung nach Olson



pluralistischer und korporatistischer Interessenvermittlung relevant. Hielt diese Annahme, musste sich der von Olson postulierte Kurvenzusammenhang empirisch in einen linearen Zusammenhang transformieren.

Die empirische Forschung schien das zu bestätigen. Überzeugende Belege lieferte beispielsweise Scharpfs Studie über die makroökonomischen Entwicklungen der großen europäischen Volkswirtschaften während der Stagflationsphase der siebziger Jahre (Scharpf 1987). Wie Scharpf zeigte, konnten Regierungen Arbeitslosigkeit und Inflation vergleichsweise niedrig halten, wenn es ihnen gelang, die Gewerkschaften durch korporatistische Einbindung auf Nominallohnrückhaltung zu verpflichten. Auch zahlreiche quantitative Studien hatten linear-inverse Zusammenhänge zwischen dem Grad an Korporatismus einerseits, Inflation und Arbeitslosigkeit andererseits zum Ergebnis, solange der Schwerpunkt der untersuchten Jahre sich nicht zu weit aus den siebziger Jahren in die achtziger und neunziger Jahre hinein verlagerte (Bruno/Sachs 1985; Crepaz 1992; Crouch 1990; Czada 1983; Dell’Aringa/Lodovici 1992; Schmid 1993; Schmidt 1982; Schott 1984). Die Antwort der Korporatisten auf die Frage, ob Politik gegen Verbände möglich war, lautete mithin: Wahrscheinlich nicht; aber mangels Realisierbarkeit einer Politik *ohne* Verbände galt es, die von Olson und seinen Anhängern vernachlässigten Potenziale einer Politik *mit* und *durch* Verbände auszuschöpfen.

Umfassende Verbände und Korporatismus bei Olson

Wie bewertete Olson den Beitrag der Korporatisten zu der von ihm untersuchten Fragestellung? Olsons Beurteilung der Interessenvermittlung durch umfassende Ver-

bände ist nicht leicht zu fassen. In den Grundzügen beruht sein Argument auf der Annahme eines sich über die Zeit zunehmend verfestigenden Pluralismus *nicht* umfassender Verbände. In RDN taucht die auf Olsons ursprünglicher Unterscheidung zwischen inklusiven und exklusiven Gruppen (hierzu vor allem Olson 1965, S. 36-43) aufbauende Unterscheidung zwischen nicht umfassenden und umfassenden Organisationen zwar durchaus auf. „The incentives facing an encompassing special-interest organization“, schreibt Olson (1982, S. 48), „are dramatically different from those facing an organization that represents only a narrow segment of society“. Eine für RDN entscheidende Prämisse lautete, dass Sonderinteressengruppen großen Anreizen ausgesetzt sind, auf Umverteilung zu Gunsten ihrer Mitglieder hinzuwirken, gleichzeitig aber lediglich minimalen Anreizen, die Produktion der zu verteilenden Güter voranzubringen. Das gilt, so lange Sonderinteressengruppen alle Gewinne aus Umverteilung für ihre Mitglieder verbuchen, die Kosten ihres destruktiven Wirkens aber an die Gesamtgesellschaft externalisieren können. Sind Verbände aber umfassend, organisieren sie also große Teile der Gesellschaft, werden die Kosten der Umverteilung rückinternalisiert, und es entstehen Anreize, an der Produktion von Kollektivgütern – und nicht nur an deren Verteilung – mitzuwirken: „Encompassing organizations have some incentive to make the society in which they operate more prosperous“ (Olson 1982, S. 53).

In die für das Argument des Buchs entscheidende dynamische Perspektive hat Olson diese Einsicht allerdings nicht systematisch integriert. In RDN wird nicht eingehender begründet, warum sich mit zunehmendem Alter der Demokratie zunehmende Vermachtung durch Sonderinteressengruppen, nicht aber ein zunehmend umfassender Charakter des Verbändesystems entwickeln sollte. Olson führt die Unterscheidung zwischen (partialen) Sonderinteressengruppen und umfassenden Verbänden an verschiedenen Stellen *ad hoc* als Erklärung für Abweichungen vom erwarteten Muster institutioneller Sklerose ein. So verweist Olson auf den umfassenden Charakter der japanischen Unternehmensgewerkschaften und der skandinavischen Verbände (Olson 1982, S. 49, 50, 90), um ihre vergleichsweise sozialverträglichen Wirkungen zu erklären. Zudem beschreibt er die japanischen und deutschen Verbände der Nachkriegszeit als *sowohl* schwach *als auch* umfassend (Olson 1982, S. 76, 218).⁸

Auch nach Erscheinen von RDN entwickelte sich zwischen Olson und Korporatismusforschung ein allenfalls schwacher Dialog. In RDN hatte Olson, wie zu Recht kritisch angemerkt wurde (von Beyme 1986, S. 117), die Korporatismusliteratur mit keinem Wort erwähnt.⁹ In späteren Aufsätzen warf Olson der Korporatismusfor-

8 Im Hinblick auf die Verbändestructur ist die Kombination von Mitgliederschwäche und annäherndem Repräsentationsmonopol kein Widerspruch; allerdings wäre in diesem Fall eine allenfalls schwache Verpflichtungsfähigkeit gegenüber den Mitgliedern zu erwarten, die die von der Korporatismusforschung postulierten Vorteile einer umfassenden Verbändestructur schwinden lassen sollte.

9 Bemerkenswert ist allerdings, wie Olson bereits in LCA lange vor der eigentlichen Korpo-

schung vor, über keine „hypothetico-deductive theory or arguments with a non-trivial logical structure“ (Olson 1986a, S. 69) zu verfügen. Richtig ist, dass die Korporatismusforschung vor allem induktiv verfuhr, und in der Tat kann zu Recht gefragt werden, ob die Einsichten der Korporatismusforschung sich zu einer allgemeinen Theorie im engeren Sinne verdichteten (vergleiche dazu weiter unten). Olsons kritischer Hinweis folgte aber einer anderen Intention. Wenn sich eine besondere Produktivität korporatistischer Arrangements theoretisch begründen ließ, dann nicht zuletzt mit Argumenten, die er selbst in LCA herausgearbeitet hatte und derer sich die Korporatisten später (und nicht immer explizit) bedienten: „It is really only the logic of encompassing organizations, moreover, that would give neo-corporatist organizations more incentive to take account of the social interest than narrower or 'pluralistic' interest groups would“ (Olson 1986a, S. 74).

Olson war nie ein (impliziter oder expliziter) Theoretiker der Überlegenheit oder auch nur der (im Abgleich mit der Marktgesellschaft) Gleichwertigkeit des Korporatismus. Von Anfang an konnte für Olson die in Schaubild 1 dargestellte Kurve zum Zusammenhang zwischen der Struktur des Verbändesystems und seiner Produktivität nur eine gekippte Kurve sein. Das änderte sich auch nach der Veröffentlichung von RDN nicht. Im Gegenteil: Die ambivalente, mitunter vergleichsweise positive Beurteilung umfassender Interessenverbände in RDN wich in späteren Aufsätzen einer (noch) kritischeren Haltung. Statt den Korporatismus systematisch in seine Theorie einzubauen, begründete er nunmehr eingehender, warum umfassende Verbände die Gesellschaften auf lange Sicht ebenso schädigen mussten wie nicht umfassende, warum sie also nicht als geeignete Instrumente erschienen, den durch institutionelle Sklerose bewirkten „Niedergang von Nationen“ aufzuhalten. In den Schriften Olsons lassen sich vier solcher Begründungen unterscheiden, von denen sich drei auf die Dysfunktionalität und eines auf die inhärente Instabilität der Interessenvermittlung durch umfassende Verbände beziehen.

Erstens: Auch umfassende Verbände streben Umverteilung zu Gunsten ihrer Mitglieder an. Dass Interessengruppen einen erheblichen Teil der Gesellschaft organisieren und deshalb ein spürbarer Teil des Schadens, den sie durch Umverteilung anrichten, auf die eigenen Mitglieder zurückfällt, impliziert noch nicht, dass der Anreiz zur Umverteilung gegen Null sinkt. Es gilt lediglich: Umfassende Verbände „have an incentive to make the excess burdens of these redistributions as small as possible and to discontinue any redistributions that have a social cost much larger than the amount they obtain from the redistribution“ (Olson 1986b, S. 176). Sie werden der Gesell-

ratismusforschung zutreffend die Positionen der „pluralist and corporatist writers“ (Olson 1965, S. 125) beschrieb: Einerseits der Pluralisten wie Bentley, die den Verbänden im Pluralismus eine positive, das Gemeinwohl erst hervorbringende Funktion zuwies; andererseits Vorläufer der Korporatismusliteratur wie Durkheim und von Gierke, die – die mittelalterlichen Zünfte zum Vorbild nehmend – über die Übertragung öffentlicher Aufgaben an berufsständische Organisationen nachdachten (Olson 1965, S. 111-131). In seinen Antworten auf Kritiker aus der Korporatismusforschung verzichtete Olson auf Verweise auf diese Textstellen.

schaft also genau so viele Kosten aufbürden, wie es im Hinblick auf den aggregierten Nutzen ihrer Mitglieder rational erscheint. Zudem werden auch umfassende Gewerkschaften eine im Vergleich zur Marktgesellschaft egalitäre Lohnstruktur bewirken,¹⁰ was unweigerlich in unfreiwillige Arbeitslosigkeit münden muss (Olson 1986a, S. 76-77).

Zweitens: Schließung von Märkten. Auch wenn eine Kollusion zu einem gegebenen Zeitpunkt alle Marktteilnehmer umfasst, hat sie kein Interesse an der Entstehung (oder Zuwanderung) neuer Marktteilnehmer, weil dies den Preis des angebotenen Guts unweigerlich dezimieren muss. Geht es um die Entstehung neuer Anbieter (zum Beispiel: durch Qualifizierung von Arbeitskraft), werden sich auch umfassende Verbände wie exklusive Gruppen verhalten. Die durch Marktbarrieren gesicherten höheren Güterpreise sind nichts anderes als eine Schädigung der Gesellschaft durch die umfassend organisierte Interessengruppe (Olson 1982, S. 66-69).

Drittens: Schwerfälligkeit und Verselbstständigung. Selbst wenn Organisationen so umfassend sind, dass der von ihnen angerichtete Schaden vollständig auf die eigenen Mitglieder zurückfallen würde, verbleiben alle negativen Wirkungen, die von Großorganisationen wegen ihrer Schwerfälligkeit ausgehen: Preis- und Mengenanpassungen, soweit dem Einfluss der Verbände unterliegend, gehen wegen dafür notwendigen langwierigen Verhandlungen und komplizierten satzungsmäßigen Verfahren nur unter Hinnahme von Verzögerungen vorstatten. Preisrigiditäten ziehen auch dann Wohlfahrtsverluste und unfreiwillige Arbeitslosigkeit nach sich, wenn sie von umfassenden Verbänden herbeigeführt werden (Olson 1982, S. 53-58). Zudem macht Olson auf das Kontrollproblem aufmerksam, das sich zwischen Führungskräften und Verbandsmitgliedern auftut: Auch wenn die Verbandsmitglieder wegen des umfassenden Charakters ihrer Organisationen kein (oder allenfalls ein geringes) Interesse an gesellschaftsschädigendem Verhalten haben, ist noch nicht gesagt, dass sich die Verbandsführungen tatsächlich an den Mitgliederinteressen orientieren (*principal/agent*-Problem). Zudem können sich die Verbandsführungen in ihren Einschätzungen irren. Gerade unter Abwesenheit der im Verbändepluralismus gegebenen Möglichkeit der Abwanderung in konkurrierende Verbände fehlen den Mitgliedern die Mittel, daran etwas zu ändern (Olson 1982, S. 52).

10 Dasselbe Argument ließe sich für die von Gewerkschaften befürwortete umverteilende Sozialpolitik führen. In früheren Schriften hatte Olson das Spannungsfeld zwischen Effizienz und Sozialintegration betont und die negativen Wirkungen der Umverteilung damit relativiert, dass sie vielleicht die wirtschaftliche Effizienz vermindern, die Sozialintegration aber fördern könnte: „Wohlfahrtsmaßnahmen verzögern vielleicht das Wachstum, sie können aber eine gewinnbringende Investition in den sozialen Frieden sein. [...] Wer meint, dass bestimmte Wohlfahrtsmaßnahmen in unterentwickelten Ländern unerwünscht sind, weil sie die Wachstumsrate senken könnten, begeht den Fehler, den Karl Polanyi in seinem Buch *The Great Transformation* erörtert“ (Olson 1991b, S. 154). Keines der beiden Ziele dürfe verabsolutiert werden, die ideale Welt der Wirtschaftswissenschaftler sei zu Recht der Albtraum der Soziologen und umgekehrt (Olson 1991a, S. 181-185). In RDN hat Olson diesen Gedanken allerdings nicht weiter verfolgt.

Viertens: Inhärente Instabilität umfassender Organisationen. Neben der Funktionalität zweifelte Olson auch die Möglichkeit einer langfristigen Stabilität umfassend organisierter Organisationen an. Denn auch wenn Interessen umfassend repräsentiert werden, vermindert das nicht den Anreiz, zusätzlich Lobbying für Partialinteressen zu betreiben. Das gilt, so Olson, nicht nur für Lobbying außerhalb, sondern auch innerhalb der umfassenden Organisation. Umfassende Verbände bestehen stets aus regionalen und funktionalen (etwa: sektoralen) Teilgruppen, die zudem um die Führung des Gesamtverbands kämpfen, um ihn für die Durchsetzung ihrer Partialinteressen vereinnahmen zu können (Olson 1986a, S. 78; 1986b, S. 180-187; 1995, S. 25-33). Im Jahr 1995, als sich Olson zum letzten Mal systematisch zu dem Thema äußerte, beantwortete er – radikaler als in RDN – die Frage, ob umfassende Verbände auf lange Sicht gegenüber vermachtetem Verbändepluralismus *überhaupt* einen Unterschied machen, mit Skepsis: „The result in the long run [...] is likely to be much the same whether societies set up encompassing organizations or not“ (Olson 1995, S. 34).

„The Rise and Decline of Nations“ als Theorie

Der Dialog zwischen Olson und der Korporatismusforschung ist, wie wir gesehen haben, ein Dialog zweier gänzlich unterschiedlicher Positionen zum Zusammenwirken von Wirtschaft, Politik und Verbänden. Vergleicht man beide Positionen, fällt auf: Die in RDN vorgestellten Thesen verdichten sich zu einer Theorie im engeren Sinn, zu systematisch aufeinander bezogenen Thesen über Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge. Auch fällt auf, dass die von Olson zur Diskussion gestellte Wirkungskette außergewöhnlich lang ist: Sie verläuft vom Alter von Demokratien über die Struktur nationaler Verbändesysteme über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bis zum Aufstieg und Niedergang von Nationen. Die Theorie ist zudem eine *allgemeine* Theorie zu den langfristigen Wirkungen liberaler Vereinigungsfreiheit in demokratischen Industrieländern, kommt also ohne die Spezifikation spezieller Randbedingungen aus, die erfüllt sein müssen, damit die Theorie angewendet werden kann. Etwas Vergleichbares hat die Korporatismusforschung nicht zu bieten. Wo in der Frühphase der Korporatismusforschung die Überlegenheit korporatistischer Interessenvermittlung vermutet wurde, näherte man sich einer Theorie im engeren Sinne an. Im Wesentlichen aber blieb der Korporatismus eine Forschungsheuristik und leitete politikwissenschaftliche Teildisziplinen zur Einnahme bestimmter Perspektiven bei der Analyse gesellschaftlicher (Selbst-)steuerung an, ohne eine mit Olsons RDN vergleichbare Theorie über Entstehungsbedingungen, Evolution und Performanz des Korporatismus hervorgebracht zu haben.

Wie ist die von Olson beschriebene lange Wirkungskette von Kausalzusammenhängen – in ihrer Gesamtheit – nach 25 Jahren Rezeptionsgeschichte zu beurteilen? Der Einfachheit halber zerlege ich die Kausalkette zunächst in lediglich zwei Teile

und konzentriere mich zuerst auf den ersten Teil: Den Schritt vom Alter der Demokratie zur Struktur des Verbändewesens. Dieser Argumentationsschritt Olsons rief in der (vor allem: politikwissenschaftlichen) Rezeption die einhelligste Kritik hervor (Cameron 1988, S. 569-571 und 580; Castles 1991, S. 14; Keller 1990, S. 504; Lehmbruch 1986; Maddison 1995, S. 29). Die Kritik zerfällt in zwei Einwände mit unterschiedlich weit reichenden Konsequenzen für das von Olson geführte Gesamtargument. Erstens: Ist die Einführung der Demokratie eine geeignete Proxy für das Frühstadium der Entwicklung des Verbändewesens? Zweitens: Wie realistisch ist die Annahme einer über die Zeit kumulativen Verfestigung eines vermachteten Verbändepluralismus?

Der erste Einwand bezieht sich auf den die forschungspraktische Fixierung des Zeitpunkts, ab dem von einer ungestörten Entwicklung der nationalen Verbändesysteme ausgegangen werden kann. Olson schlug vor, zu diesem Zweck das durch Regimewechsel oder Besatzungen ununterbrochene Alter der nationalen Demokratien zu betrachten. Es wurde kritisiert, die Einführung des allgemeinen Wahlrechts sei in den westlichen Industrieländern in der Regel nicht mit dem Beginn liberaler Vereinigungsfreiheit, und damit mit dem Beginn der Evolution der nationalen Verbändesysteme, zusammengefallen. Deutschland, so kritisierte insbesondere Lehmbruch (1986, S. 416-417), sei ein gutes Beispiel dafür, wie sich ein starkes Verbändewesen lange vor Einführung der Demokratie entwickeln konnte. Zudem wurde die Annahme angezweifelt, vorangegangene Kriegs- und Besatzungsphasen ließen auf die Existenz eines jungen Verbändewesens schließen. Es sei daran erinnert, dass Olson die während und nach dem Zweiten Weltkrieg besetzten kontinentaleuropäischen Länder in RDN als junge Demokratien mit jungem Verbändewesen wertete.¹¹ Ganz im Gegenteil, so die Kritiker, seien es gerade die „Kriegskorporatismen“ des Ersten Weltkriegs gewesen, in denen die Arbeitnehmerverbände erstmals in den Politikprozess inkorporiert wurden; Krieg und Militarisierung der Wirtschaft, so der Einwand, hätten insbesondere das deutsche Verbändewesen nicht zerstört, sondern gefestigt, zentralisiert und mit Legitimation ausgestattet. Ähnliches habe für den Austrofaschismus und Frankreich unter dem Vichy-Regime gegolten (Lehmbruch 1986, S. 417; siehe auch Abelshauer 2003, S. 73; Lehmbruch 1996, S. 739; Unger/van Waarden 1999, S. 432-439). Lehmbruch vermutete sogar, dass mit der Operationalisierung der Stärke von Verteilungskoalitionen anhand des Alters der Demokratie in Wahrheit das Gegenteil dessen gemessen wurde, was eigentlich gemessen werden sollte: Die von Olson und Weede als jung gewerteten Demokratien seien in Wahrheit gerade keine Marktgesellschaften, sondern die korporatistischen Länder (Lehmbruch 1986, S. 417).

Dieser Einwand ließe sich als Verweis auf ein Operationalisierungsproblem behandeln. Anders verhält es sich mit der Kritik an der in RDN angenommenen kumulativen Zunahme von Anzahl und Macht pluralistischer Verbände mit zuneh-

11 Ebenso verfährt beispielsweise Weede (1986a; 1986b; 1987) in seiner quantitativen Überprüfung von Olsons Stagnationstheorie.

mendem Alter der Demokratie. Wäre nicht denkbar, so wurde eingewandt, dass die Macht von Verbänden mit fortschreitender Zeit mal zu-, mal aber auch abnimmt? Vor allem aber: Kann tatsächlich davon ausgegangen werden, dass sich nationale Verbändewesen mit zunehmender Zeit in Richtung eines zunehmenden Verbändepluralismus entwickeln? Ein sich evolutionär verfestigender Verbändepluralismus ist zweifellos denkbar, kann aber keineswegs unbesehen postuliert werden kann. So weisen Unger/van Waarden (1999, S. 428-432) überzeugend nach, dass die Anzahl der Verbände in Schweden, den Niederlanden und Großbritannien infolge von Organisationsfusionen seit den fünfziger Jahren nicht zu-, sondern abgenommen hat. Soll die Wirkung von Verteilungskoalitionen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit untersucht werden, muss offenbar direkt an den Strukturen des Verbändesystems angesetzt werden und nicht beim Alter der Demokratie oder der Dauer liberaler Vereinigungsfreiheit. Diese Kritik verweist auf mehr als nur ein Operationalisierungsproblem. Hält die Annahme kumulativer Vermachtung durch Verbände nicht, ist auch die Schlussfolgerung eines „Niedergangs von Nationen“ mit zunehmendem Alter der Demokratie – und damit aber: die Pointe der in RDN geführten Argumentation – nicht mehr haltbar.

Betrachten wir den zweiten Teil¹² der Kausalkette in RDN: Die These von der destruktiven, wirtschaftliche Stagnation herbeiführenden Wirkung eines entwickelten Verbändewesens. Zu den Determinanten des langfristigen Wirtschaftswachstums im Vergleich demokratisch verfasster Industrieländer (in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts) liegt ein entwickelter Forschungsstand vor (mit Schwerpunkt auf politisch-institutionellen Variablen zusammenfassend: Obinger 2003; 2004, S. 172-226). Es bestätigt sich die Erwartung, dass Wachstumsraten im internationalen Vergleich eine überzufällige Verteilung aufweisen. Bei der Analyse dieser Verteilung sticht ein Effekt stets besonders hervor: der Aufholeffekt („catch up“). Der Aufholeffekt leitet sich aus der neoklassischen Wachstumstheorie her. Er besagt, dass ökonomisch vergleichsweise schwach entwickelte Länder gegenüber stärker entwickelten Ländern ein vergleichsweise hohes Wachstumspotenzial aufweisen, weil sie von der technologischen Entwicklung der reicheren Länder profitieren und weil Länder, in denen Kapital vergleichsweise knapp ist, vergleichsweise hohe Profitabilitäten aufweisen sollten. Je später der analysierte Zeitraum liegt, umso schwächer wird der Aufholeffekt. So korreliert das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der Jahre 1980-2004 (also ein vergleichsweise spät beginnender Zeitraum) mit dem Wohlstandsniveau im Jahr 1980 (Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, ausgedrückt in US-Dollar) mit $r = -.38$ ($p = .088$, $n = 21$ OECD-Länder).^{13, 14}

12 Genau genommen fehlt diesem zweiten Schritt der letzte Teil: Ob es Staaten möglich ist, aus eigener Kraft (also ohne äußeren Zwang) die von Verteilungskoalitionen hervorgerufene Regulierungsdichte durch Liberalisierungspolitik zurückzuführen, behandle ich weiter unten.

13 Angegeben werden der Pearsonsche Korrelationskoeffizient r , die Signifikanz (p -Wert) und die Fallzahl.

14 Eigens durchgeführte Datenanalysen.

Analysen potenzieller politisch-institutioneller Determinanten des Wirtschaftswachstums sind deshalb nur unter statistischer Kontrolle für den Aufholeffekt sinnvoll. Diese Einsicht ist entscheidend, würde doch der Verzicht auf Berücksichtigung des „catch up“-Effekts die Ergebnisse der Wachstumsanalyse *systematisch* verzerren: Länder mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen sind mit hoher Wahrscheinlichkeit junge Demokratien,¹⁵ und wird das Alter der Demokratie – Olson (1982) und Weede (1986b) folgend – als Proxy für die Entwicklung der nationalen Verbändesysteme verwendet, ergibt sich ein statistischer Zusammenhang, der in Wahrheit nicht dem Verbändewesen, sondern dem Aufholeffekt geschuldet ist.¹⁶ Trotz der hohen Korrelation dieser beiden Variablen dienen sie dem Test von Hypothesen, die unterschiedlichen Theorieschulen entstammen und gänzlich unterschiedliche Ursache-Wirkungs-Mechanismen unterstellen: Die neoklassische Wachstumstheorie behandelt sozio-ökonomische Wachstumsimpulse, während das Alter der Demokratie als (zweifelhafter) Statthalter für den Einfluss eines politisch-institutionellen Faktors auf das Wachstum steht (siehe zur Unterscheidung von Schulen der Staatstätigkeitsforschung Schmidt 1995, S. 576-587).

Wie Obinger (2003, S. 127-139; 2004, S. 191-226) im Detail aufzeigt, ist es der politik- und wirtschaftswissenschaftlichen Wachstumsforschung bisher nicht gelungen, über den „catch up“-Effekt hinaus systematische, stabile Einflüsse politisch-institutioneller (oder parteipolitischer) Einflüsse auf das Wirtschaftswachstum nachzuweisen. In zahlreichen Studien werden schwach signifikante Effekte gezeigt, die sich aber nicht als über unterschiedliche Zeiträume und Zusammensetzungen des Samples hinweg robust erweisen oder auf nicht sachgerechten Modellspezifikationen beruhen (vor allem: Vernachlässigung des Aufholeffekts). Eine eigens durchgeführte Datenanalyse führt zu keinen anderen Ergebnissen. Unter statistischer Kontrolle für den Aufholeffekt zeigt sich bei der Analyse der durchschnittlichen Wachstumsraten von 21 OECD-Ländern zwischen 1980 und 2004 kein signifikanter Einfluss des Korporatismus (gemessen anhand Siaroffs Index des Interessengruppenpluralismus), kein signifikanter Einfluss der Gewerkschaftsstärke und ein schwach signifikant *positiver*, also entgegen den Erwartungen verlaufender Einfluss des Alters der Demokratie.

Die OECD-vergleichende Analyse langfristiger Wachstumsraten scheint robuste Zusammenhänge, die Olsons Theorie bestätigen würden, nicht hervorzubringen. Nichts anderes gilt für die in der frühen Korporatismusliteratur mitunter geäußerte Annahme einer systematischen Überlegenheit korporatistischer Interessenvermittlung. Wie ich nachfolgend argumentieren werde, implizieren diese Ergebnisse aber noch *nicht*, dass die von Olson beschriebenen negativen Wirkungen von Verteilungskonkurrenzen, ebenso wie positive Wirkungen des Korporatismus, nicht existie-

15 Das Wohlstandsniveau im Ausgangsjahr 1980 korreliert mit dem Alter der Demokratie im selben Jahr mit $r = .56$ ($p = .008$, $n = 21$ OECD-Länder).

16 Siehe dazu insbesondere Nardinelli et al. (1987) sowie die Debatte zwischen Choi (1983), Pryor (1983; 1987) und Weede (1987).

ren. Gescheitert sind Versuche, eine Theorie von Verbänden als (zerstörerische) Verteilungskoalitionen oder eine Theorie von Verbänden als Träger von korporatistischen Steuerungspotenzialen als *allgemeine*, raum- und zeitunabhängige Theorien zu bestätigen. Gleichwohl würde niemand bestreiten, dass Fälle existieren, in denen sich Verbände tatsächlich so verhalten, wie es in RDN oder Arbeiten aus der Korporatismusforschung beschrieben wurde. Denkbar erscheint also die Angabe von Randbedingungen, unter denen sich die genannten Theorien als *spezielle*, raum- und zeitgebundene Theorien bestätigen.¹⁷ So lange solch spezielle Theorien nicht ausformuliert vorliegen, sollten Korporatismus und Verteilungskoalitionen als *Forschungsheuristiken* verstanden werden. Und wie ich nachfolgend zeigen werde, hat Olsons Heuristik in der deutschen Politikwissenschaft der vergangenen Jahre – insbesondere im Vergleich zur frühen Rezeptionsgeschichte von RDN – an Einfluss gewonnen. Noch nie war Olsons Interpretation von Verbänden als Verteilungskoalitionen in der deutschen Politikwissenschaft, wenn auch meist ohne expliziten Verweis auf RDN, so präsent wie heute.

Die Verteilungskoalition als Forschungsheuristik

Nachfolgend werden sowohl Verteilungskoalitionen als auch Korporatismus als Heuristiken interpretiert. Beide Heuristiken reflektieren in der Realität vorhandene Tendenzen, ohne aber als allgemeine Theorien Kausalitäten zu beschreiben, die raum- und zeitunabhängig auf alle empirisch vorfindbaren Fälle organisierten Handelns zutreffen. Betrachtet man nun die Auseinandersetzung der Politikwissenschaft mit der inländischen Interessenvermittlung in den vergangenen 25 Jahren, zeigt sich ein Wandel in der Dominanz verwendeter Heuristiken. Die Verbände von Kapital und Arbeit werden heute vermehrt als Lobbies, *pressure groups* organisierter Sonderinteressen und Verteilungskoalitionen beschrieben, was eine nachhaltige Annäherung an die Olsonsche Heuristik und eine entsprechende Entfernung von der ehemals dominanten korporatistischen Perspektive impliziert. Dieser Wandel beruht, wie ich nachfolgend zeigen werde, zum einen auf realweltlichen Veränderungen, die die Zuständigkeit der korporatistischen Heuristik schwinden lassen: „(I)f socio-economic change erodes the encompassing character of an organizational system it will cease to operate in a neo-corporatist way“ (Crouch 2006, S. 55). Zum anderen und darüber hinausgehend erfolgt rund um den Begriff des „Wohlfahrtskorporatismus“

17 Scharpfs Interpretation der Erfolgsbedingungen sozialdemokratischer Krisenpolitik der siebziger Jahre ist eine in diesem Sinne ausformulierte *spezielle* Theorie (Scharpf 1987; 1988). Scharpf weist nach, dass korporatistische Interessenvermittlung (a) in den siebziger Jahren (b) in gewerkschaftlich gut organisierten europäischen Ländern zur (c) Bearbeitung des Stagflationsproblems durch (d) sozialdemokratische Parteien produktiv genutzt werden konnte. Ob der Korporatismus aber beispielsweise auch zur Begleitung der säkularen Schrumpfung des Industriesektors von systematischem Vorteil ist, kann aus der *speziellen* Theorie Scharpfs nicht abgeleitet werden.

eine handfeste Re-Interpretation der historischen Funktionsweise der Interessenvermittlung in Deutschland, die zwar noch mit dem Korporatismusbegriff operiert, allerdings wegen des zentralen Stellenwerts der systematischen Produktion von an die Gesamtgesellschaft weitergereichten negativen Externalitäten der Olsonschen Heuristik näher ist als dem klassischen Korporatismus.

Einige Verweise auf Einschätzungen wichtiger (vor allem) deutscher Fachexperten sollen diesen Sachverhalt zunächst illustrieren. Die nachfolgenden, auf Deutschland zielenden Äußerungen, Zuschreibungen und Verweise wären, so meine ich, in den achtziger Jahren nicht denkbar gewesen. Schmidt (2007, S. 114) beschreibt den Wohlfahrtskorporatismus als „überwiegend konsumtive und egozentrische Verknüpfung von Sozialpolitik und Arbeitsbeziehungen“, die auf Abwälzung von Kosten an die Sozialpolitik beruhe. Czada (2003, S. 72, 77) interpretiert die deutsche Interessenvermittlung als einen auf soziale Schließung angelegten, selektiven Korporatismus; die institutionellen Voraussetzungen für erfolgreiche Konfliktregelung durch Verhandlungen seien in Deutschland nie erfüllt gewesen. Ähnlich bezeichnet Lehmbruch (2000) das institutionelle Profil Deutschlands als für ausgehandelte Reformen ungeeignet.

Streeck (2003; 2005) spricht vom Übergang in eine postkorporatistische Phase der Interessenvermittlung; im Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft drohe den Gewerkschaften das Schicksal der Bauernverbände in der Industriegesellschaft: zu einer Sonderinteressengruppe wie alle anderen zu werden. Armingeon (2005) analysiert den – unvollständigen – Übergang des Korporatismus in den Pluralismus. Weißels (2007, S. 165) stellt fest, gegen „die starken Verteilungskonstellationen im Verbändesystem“ sei gestalterische Sozialpolitik in Deutschland nur schwer möglich. „Gar nicht übel“, so von Alemann (2000, S. 6), funktioniere die pluralistische, lobbyistische Seite des deutschen Verbändesystems. Hassel und Trampusch (2006, S. 129) stellen fest, der Korporatismus habe nichts zur Funktionsfähigkeit der deutschen Demokratie beigetragen, das nach seinem Rückzug fehlen würde. Zahlreiche weitere Beispiele für diesen Perspektivenwechsel ließen sich nennen. Im Einzelnen lassen sich sieben realweltliche Veränderungen sowie Re-Interpretationen benennen, auf denen die Annäherung an die Olsonsche Heuristik beruht.

Erstens: Mitgliederverluste der Verbände. Von Abwanderung aus den Interessenverbänden werden die Gewerkschaften besonders hart getroffen. Im Jahr 1991 hatten die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften noch 11,8 Millionen Mitglieder, davon etwa 7,9 Millionen in den alten Bundesländern. Im Jahr 2000 waren es bundesweit noch 7,8 Millionen und zum Jahresende 2006 nur noch 6,6 Millionen Mitglieder.¹⁸ Die um Rentner bereinigte Nettoorganisationsquote liegt damit nunmehr unter 20 Prozent. Der Anteil Jugendlicher unter 25 Jahren ist von 15 Prozent Mitte der achtziger Jahre auf unter fünf Prozent gesunken. Lediglich jeder zehnte jugendliche Arbeitnehmer ist gewerkschaftlich organisiert, aber jedes fünfte Gewerkschaftsmitglied befindet sich im Ruhestand (Ebbinghaus 2002, S. 7-15).

18 Daten: www.dgb.de.

Diese Mitgliederverluste liegen im internationalen Trend (mit Ausnahme der skandinavischen Länder inkl. Dänemarks sowie Belgiens). In Frankreich, den Niederlanden, Italien, Österreich, Irland, Großbritannien und den USA fiel der Mitglieder-rückgang, den die Gewerkschaften hinnehmen mussten, noch drastischer aus als in Deutschland (ebd., S. 26).

Zweitens: Berufsgewerkschaften. Das deutsche System der Interessenvermittlung beruht nach wie vor nicht auf eigenständigen Berufsgewerkschaften.¹⁹ Noch herrscht das Prinzip „ein Betrieb, eine Gewerkschaft“ vor. Aber an der Peripherie sind Entwicklungen in Richtung berufsspezifischer Interessenvertretung zu erkennen, von denen noch offen ist, ob und in wieweit sie die Kernbereiche des deutschen Verbändesystems verändern werden. Der nicht im DGB organisierte Deutsche Beamtenbund (DBB) konnte entgegen des Trends der DGB-Gewerkschaften seine Mitgliederbasis stetig ausbauen und hat mittlerweile (2005) um die 1,3 Millionen Mitglieder (Institut der deutschen Wirtschaft 2006, S. 111). Ein neuer Trend ist die Entstehung von tariffähigen und schlagkräftigen Vereinigungen aus Berufen, die erkennen, dass sich ihre Interessen besser außerhalb des DGB vertreten lassen: Fluglotsen, Lokführer, Piloten, Ärzte.

Noch beeinträchtigt dieses Randphänomen den hohen gesamtwirtschaftlichen Koordinationsgrad der Lohnfindung nicht. Ähnliches gilt bisher für die Mitglieder-verluste der Gewerkschaften. Wie Crouch (2006, S. 55) zu Recht anmerkt, sind bei ausreichender Sensitivität gegenüber Exportpreisen keine umfassenden Verbände nötig, um moderate Lohnabschlüsse hervorzubringen. Würden sich aber mehr Berufe an den Fluglotsen, Lokführern, Piloten und Ärzten ein Beispiel nehmen, für einen höheren Anteil am Sozialprodukt kämpfen und mit entsprechenden Lohnabschlüssen die Inflationsrate signifikant beeinflussen, bliebe den Gewerkschaften im industriellen Kern nichts anderes übrig, als ungeachtet der steigenden Inflationsrate ebenfalls auf höhere Nominallohnzuwächse hinzuwirken, um ihren Mitgliedern einen konstanten Anteil am Sozialprodukt zu sichern. Ein höheres Konfliktniveau, Inflation und – gelingt es den Unternehmen nicht, den Kostendruck auf die Absatzpreise abzuwälzen – Arbeitslosigkeit wären die Folge. Es würde also genau das eintreten, was das Calmfors-Driffill-Modell vorhersagt, wenn sich Lohnsysteme vom zentralisierten Rand in die Mitte bewegen (Calmfors/Driffill 1988).

Drittens: De-Industrialisierung. Die bisher genannten Beeinträchtigungen der Umfassendheit der Verbände machen so lange keinen Unterschied, wie sich die Verbände so verhalten, *als wären* sie umfassend. Trennt Beschäftigte und Gewerkschaften vor allem das von Olson analysierte Kollektivgutproblem organisierten Handelns, schließt das noch nicht aus, dass die Gewerkschaften ihre Politik an den Interessen der Arbeitnehmerschaft als Ganzer ausrichten. Im Jahr 1980 waren noch 44

19 Olson diskutiert insbesondere die britischen Berufsverbände als typische Beispiele für Verteilungskonkurrenzen, die einen zu kleinen Teil der Gesellschaft vertreten, um eigenständig Interessen an einer zunehmenden Produktivität der Gesamtgesellschaft zu entwickeln (siehe Olson 1982, S. 77-79).

von 100 deutschen Arbeitnehmern im Industrie-sektor beschäftigt; im Jahr 2005 waren es nur noch 30 von 100.²⁰ Vor dem Hintergrund der fortschreitenden De-Industrialisierung werden die Interessen der gut organisierten Arbeitnehmerschaft des Industriesektors zunehmend zu einem Partialinteresse. Von kongruenten Interessen der Beschäftigten des Industrie- und des Dienstleistungssektors kann nicht ohne weiteres ausgegangen werden.

Das gilt potenziell für viele Felder der Lohn-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, vor allem aber für Reformen der Steuer- und Abgabepolitik, die auf Beschäftigungsaufbau im Dienstleistungssektor zielen. So würden Sozialversicherungsfreibeträge oder die Subventionierung niedriger Erwerbseinkommen faktisch eine Quersubventionierung des im Schnitt niedrig produktiven Dienstleistungssektor durch den höher produktiven Industriesektor bedeuten. Die Kosten dieser Quersubventionierung würden entweder auf den (Export-)Preisen oder den (überdurchschnittlichen) Löhnen der Erwerbstätigen des Industriesektors lasten. Solche Reformen der tripartistischen Aushandlung anheim zu stellen, würde bedeuten, den industriellen Sektor mit sich selbst über die Frage verhandeln zu lassen, ob er bereit ist, sich zu Gunsten des nur schwer organisierbaren Dienstleistungssektors gegenüber dem Status Quo schlechter zu stellen. Im Ergebnis werden ehemals umfassende Verbände zu Vertretern von Sonderinteressen.

Viertens: Rückläufige Verpflichtungsfähigkeit der Mitglieder. Als einen wesentlichen Einwand gegen RDN formulierten die Korporatisten, Olson reduziere Verbände zu Unrecht auf ihre Mitgliedschaftslogik, vernachlässige aber die Fähigkeit der Verbände, ihre Mitglieder auf gesellschaftsverträgliches Verhalten zu verpflichten. Olson hatte geantwortet, auf lange Sicht erwarte er eine zunehmende Dominanz von Partialinteressen auch *innerhalb* umfassender Verbände (Olson 1986a, S. 78; 1986b, S. 180-187; 1995, S. 25-33). Diese Antwort erscheint heute sehr weitsichtig. Auf Seiten von Arbeit und Kapital hat sich das Kräfteverhältnis zwischen Verbänden und ihren Mitgliedern zu Ungunsten der Verbände verschoben, während sowohl die großen Unternehmen in den Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden als auch die Betriebsräte großer Unternehmen in den Gewerkschaften an Einfluss gewannen (im Detail: Höpner 2004, S. 308-315). Insbesondere gelingt es den Verbänden immer weniger, die Mitglieder mit hoher Wertschöpfung zur Solidarität mit schwächeren Mitgliedern zu verpflichten. Vor dem Hintergrund internationalisierter Märkte steigt die Fähigkeit leistungsfähiger Marktteilnehmer, die von ihnen erwirtschafteten Ressourcen effektiv für die Sicherung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit zu reklamieren. Auf Seiten der Unternehmen treten der Trend zu aktionärsorientierter Unternehmensführung und die Internationalisierung der Eigentümerstrukturen

20 Der Industrieanteil von 30 Prozent im Jahr 2005 ist im internationalen Vergleich weiterhin überdurchschnittlich (EU-15: 27 Prozent, USA: 20 Prozent). Das lässt vermuten, dass sich die De-Industrialisierung in Deutschland weiter fortsetzen wird. Daten: OECD Labor Force Statistics. Vergleiche zu den Ursachen der De-Industrialisierung Baumol (1967) und Rowthorn/Ramaswamy (1997, S. 9-16).

hinzu. So sind ausländische Fonds durch deutsche Verbände kaum zu gesellschaftskonformem Verhalten disziplinierbar. Diese Entwicklungen stärken die Mitgliederlogik gegenüber der Einflusslogik und nähern die Verbände der Olsonschen Heuristik an.

Fünftens: Entwicklung der pluralistischen Länder. Eine Vermutung der Korporatisten lautete, dass der linke, optimale Teil der in Schaubild 1 dargestellten gekippten U-Kurve in der Praxis nicht erreichbar sei, weil Verbände – insbesondere Gewerkschaften – ein unumstößlicher Bestandteil marktwirtschaftlich verfasster Ordnungen seien und die reine Marktgesellschaft deshalb lediglich ein theoretisches Konstrukt sei. Daran hat sich auch nach dem in den achtziger Jahren einsetzenden internationalen Trend zu sinkenden Organisationsquoten nichts geändert. Eine empirische Frage ist allerdings, ab welchem Punkt die von Olson und den Neoklassikern postulierten Vorteile einer quasi-marktbasierten Interessenvermittlung ausgeschöpft werden können. Die in der Frühphase der Korporatismusforschung vermutete Überlegenheit des Korporatismus ließ sich allenfalls mit Daten der siebziger Jahre belegen. Schon für die achtziger Jahre galt das nicht mehr. Folglich wich die Vermutung eines monotonen Zusammenhangs zwischen Struktur und Leistungsfähigkeit von Verbändesystemen der These von einem U-Kurven-förmigen Zusammenhang (Freeman 1988; Heitger 1987; Scarpetta 1996; in Bezug auf die Zentralisation der Lohnfindung: Calmfors/Driffill 1988) oder anderen Spielarten von Zwei-Wege-Theorien zu erfolgreicher Wirtschaftspolitik (Alvarez/Garrett/Lange 1991; Hicks 1988; Paloheimo 1990; Schmidt 1986). Abgesehen davon, dass die Olsonsche U-Kurve zu Gunsten der am wenigsten durchorganisierten Gesellschaften gekippt war (Schaubild 1), hatten sich die Einschätzungen zur Produktivität der unterschiedenen Modelle damit bereits deutlich angenähert. Mehr noch: Angesichts der oben diskutierten Schwierigkeiten der Reproduktion umfassender Interessenorganisation erscheint nunmehr zunehmend fraglich, ob der *rechte*, umfassend-korporatistische Teil der U-Kurve vor dem Hintergrund von Internationalisierung und Strukturwandel dauerhaft erreichbar ist. Auch dies ist im Ergebnis nichts anderes als eine Annäherung an die in RDN geführten Argumente.

Sechstens: Wohlfahrtskorporatismus. Neben die beschriebenen realweltlichen Veränderungen treten Annäherungen an die Olsonsche Heuristik, die auf einer Reinterpretation des korporatistischen Tauschs in der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands beruhen. Der These vom Wohlfahrtskorporatismus zufolge bestand die Reaktion des Korporatismus auf Wirtschaftskrisen in Deutschland in der vor allem durch Frühverrentung und anderen Arbeitsmarktprogrammen herbeigeführten politischen Verknappung des Arbeitskräfteangebots.²¹ Unter Hinnahme steigender Lohnnebenkosten wurden, so diese Interpretation, die von der Krise Betroffenen vergleichsweise komfortabel aus dem Arbeitsmarkt herausgekauft. In Zeiten der Hochkonjunktur nutzte man die gefüllten Sozialkassen aber nicht für Beitragsenkungen, sondern für die Auflage neuer Arbeitsmarktprogramme. Daraus entstand eine spiralförmige Ent-

21 Bereits in den frühen neunziger Jahren: von Rhein-Kress (1992).

wicklung zunehmend anspruchsvollerer Frühverrentungs- und Arbeitsmarktprogramme und steigender Lohnnebenkosten (Manow/Seils 2000; Streeck 2001; 2005; Streeck/Hassel 2004). Den Verbänden beider Seiten gelang es – so die These –, die sozialen Kosten der Kompensation der Krisenopfer an die sozialen Sicherungssysteme zu externalisieren. Damit ist man der Heuristik der Verteilungskoalition näher als der Heuristik des klassischen Korporatismus, beschreibt die Heuristik der Verteilungskoalition doch gerade eine Situation, in der organisierte Teile der Gesellschaft steigende Teile des Sozialprodukts auch unter Hinnahme hoher, von der Gesamtgemeinschaft getragener externer Effekte für den eigenen Gebrauch vereinnahmen.

Siebtens: Institutionelle Voraussetzungen erfolgreicher Konzertierung. Nicht verwunderlich ist, dass das gescheiterte „Bündnis für Arbeit“ skeptische Analysen des deutschen Korporatismus hervorrief. Ein Gegenstand dieser Analysen waren die institutionellen Voraussetzungen erfolgreicher Konzertierung. Mitunter lautete die These, diese seien in Deutschland nicht gegeben. Lehmbruch (2000) identifizierte zwei institutionelle Hindernisse ausgehandelter Reformen des Wohlfahrtsstaats: Erstens die institutionelle Segmentierung der arbeitsmarktpolitischen und wohlfahrtsstaatlichen Organisation, also die Tatsache, dass sich Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Rentensystem usw. unabhängig voneinander entwickelten und jeweils eigenen Handlungslogiken folgen; und zweitens die im politischen System der Bundesrepublik angelegte Schwäche der Regierung, die – um sich in Verhandlungen gegen starke Verbände durchzusetzen – ein gemeinsames Vorgehen von Regierung und Opposition voraussetzen würde. Die These lautete also: Anspruchsvolle institutionelle Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit sich Verbände *nicht* wie Olsonsche Verteilungskoalitionen verhalten. Auch das impliziert eine Annäherung an die Heuristik Olsons.

Nun gehört es zum typischen Geschäft institutionalistisch orientierter Politikwissenschaft, nach systematischen Einflüssen institutioneller Ordnungen auf *politics*, *policies* und *outcomes* zu suchen. Ob ein Scheitern des Bündnisses für Arbeit tatsächlich im Institutionensystem der Bundesrepublik angelegt war, sei dahingestellt. Der vergleichende Forschungsstand scheint darauf hinzudeuten, dass die seit den neunziger Jahren entstandenen angebotsorientierten Makrokorporatismen im Vergleich zu den Konzertierungsversuchen der siebziger Jahre institutionell im Zweifel sogar eher *weniger* anspruchsvoll waren: Es entstanden soziale Pakte in Ländern wie Spanien, Portugal, Irland, Korea und auch einigen osteuropäischen Ländern, in Ländern also, in denen man die institutionellen Voraussetzungen für mit Verbänden verhandelte Politik früher skeptisch beurteilt hätte (Avdagic 2005; Enderlein 2004, S. 143-187; Hassel 2006; Park 2007). Offenbar macht es einen Unterschied, dass – anders als keynesianische Makropolitik unter den Bedingungen der Stagflation – Liberalisierungspolitik im Prinzip auch *gegen* die Verbände durchgeführt werden könnte (vergleiche dazu den nachfolgenden Abschnitt).

Die Barrieren gegen erfolgreiche Konzertierung sind im deutschen Fall möglicherweise eher in Idiosynkrasien der Problemverarbeitung durch das Verbändesys-

tem zu suchen. Eine systematische Hypothese könnte lauten, dass das Krisenbewusstsein in Gewerkschaften großer Länder wegen der Schwerfälligkeit von Massenorganisationen später einsetzt als in den Gewerkschaften kleiner Länder.²² Aber auch dieser Punkt korrespondiert mit der in RDN geführten Argumentation. Olson hatte als ein Problem der Steuerung durch Verbände herausgestellt, dass diese einsichtige, kluge Verbändefunktionäre voraussetze (Olson 1982, S. 92) und dass zwischen Funktionären und Mitgliedschaft ein Kontrollproblem bestehe (Olson 1982, S. 52). Unterscheidet man umfassende Verbände, pluralistische Interessenvermittlung und quasi-verbändefreie Marktgesellschaft, stellt sich das Kontrollproblem in keinem System der Interessenvermittlung so wie bei den umfassenden Verbänden. Die Marktgesellschaft ist nicht auf kluge Marktteilnehmer in Führungspositionen angewiesen. Im Verbändepluralismus können die Mitglieder auf Kontrollprobleme mit Abwanderung in konkurrierende Verbände reagieren. In umfassenden Verbänden fehlt ein vergleichbarer Mechanismus zur Disziplinierung der Verbandsführungen.

Insgesamt also zeigen sich zwei Impulse für die – wie ich meine – nachhaltige Annäherung der inländischen Politikwissenschaft an die Olsonsche Heuristik: realweltliche, außerwissenschaftliche Veränderungen des beobachteten Gegenstands und eine veränderte Interpretation des vorherrschenden Politikmusters der siebziger und achtziger Jahre. Realweltliche Veränderungen scheinen den entscheidenden Ausschlag zu geben. Stets wurde ein wirksames Vertretungsmonopol als Voraussetzung für eine verbandlich-korporative Ordnung angesehen (Schmitter/Streeck 1985); ist diese Voraussetzung nicht erfüllt, verliert die korporatistische Heuristik ihre Zuständigkeit (so argumentiert Crouch 2006, S. 55). Auch für Entstehung und Entwicklung des Korporatismuskonzepts waren realweltliche Veränderungen entscheidend. Bis in die siebziger Jahre hinein überwogen in Deutschland liberale Vorstellungen von Interessenvermittlung (von Beyme 2004, S. 215). Die Korporatismusforschung reagierte auf die seit den späten sechziger Jahren zu beobachtende Ausbreitung kooperativer Lohnpolitik (Lehmbruch 1983, S. 407). In den achtziger und neunziger Jahren korrespondierte ein wachsendes Interesse an sektoralen Angebotskorporatismen mit dem Wechsel vorherrschender wirtschaftspolitischer Strategien. Gleichwohl dürfen wissenschaftsinterne Entwicklungen nicht unterschätzt werden: Bis in die frühen neunziger Jahre hinein, von früheren Zeitpunkten ganz zu schweigen, hätte es die zu Beginn dieses Abschnitts beispielhaft aufgezählten Einschätzungen führender deutscher Fachexperten gewiss nicht gegeben. Die Ausmaße

22 Wohlgermerkt: Die deutschen Gewerkschaften des Exportsektors wiesen in der vergangenen Dekade – auch und gerade im internationalen Vergleich – eine große Bereitschaft zur Lohnzurückhaltung auf (man vergleiche die Daten zur Entwicklung der Nominal- und Reallöhne pro Beschäftigten seit Mitte der neunziger Jahre in den letzten Ausgaben des *Economic Outlook* der OECD). Dies korrespondierte mit einer geringen Bereitschaft, sich im Rahmen so genannter Sozialer Pakte an einer umfassenden Reform der Sozial- und Arbeitsmarktpolitiken zu beteiligen.

solcher Perspektivenwechsel werden typischerweise erst retrospektiv vollends bewusst.

Ist Liberalisierungspolitik möglich?

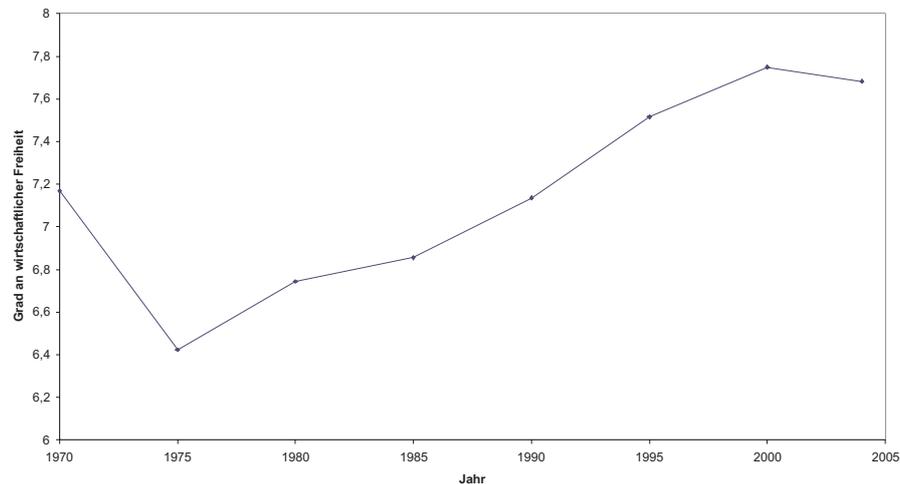
Ein Teil der in RDN beschriebenen Argumentationskette blieb bislang unberücksichtigt: Die Quasi-Irreversibilität der Vermachtung durch Verteilungskoalitionen und der von ihnen durchgesetzten Dichte von Sonderregulierungen. Je mehr Zeit vergeht, so hatte Olson in RDN dargelegt, umso mehr werden Verteilungskoalitionen um sich greifen, Sonderregulierungen nachfragen und umso unwahrscheinlicher wird es, dass es Ländern gelingt, im gesamtgesellschaftlichen Interesse Liberalisierungspolitik zu betreiben und also die Wirksamkeit des Marktmechanismus wiederherzustellen.²³ Erst diese Irreversibilität führt den „Niedergang von Nationen“ herbei.

Olson schrieb RDN in den späten siebziger Jahren. Das Buch reflektiert vor allem die Erfahrungen der fünfziger bis etwa Mitte der siebziger Jahre. Schaubild 2 soll illustrieren, dass Olson in Bezug auf die Entwicklung der Regulierungsdichte in westlichen Industrieländern für die Zeit *vor* Erscheinen von RDN zweifellos richtig lag. Das Schaubild zeigt die Entwicklung des vom Fraser-Institut konstruierten ländervergleichenden Index wirtschaftlicher Freiheit im Durchschnitt für 18 OECD-Länder²⁴ zwischen 1970 und 2004. Der Fraser-Index ist ein aus zahlreichen Einzelkomponenten zusammengesetztes Maß, das den Umfang wirtschaftlicher Freiheit in einer großen Anzahl von Ländern quantifiziert und damit vergleichbar macht. Die Komponenten des Index decken folgende Bereiche ab: die Größe des staatlichen Sektors; Rechtsstruktur und Sicherung von Eigentumsrechten; Zugang zu stabilem Geld; Freiheit des Außenhandels; Grad an Regulierung von Arbeits- und Kreditmärkten; Dichte der Unternehmensregulierung. Die Indexwerte streuen zwischen 1 und 10.

23 Bereits oben wurde gezeigt, dass dieser Argumentationsschritt Olsons – die kumulative Zunahme partikularer Verteilungskoalitionen – in der Fachdebatte kritisch bewertet wurde (siehe insbesondere Unger/van Waarden 1999). Auch wenn die Annahme einer kumulativen Zunahme der Verbändedichte nicht zutreffen sollte, bleibt trotzdem denkbar, dass sich die von den Verbänden nachgefragte *Regulierung* mit zunehmender Zeit kumulativ verdichtet, das Wachstum hemmt und die Wahrscheinlichkeit erfolgreicher Liberalisierungspolitik vermindert.

24 Griechenland, Portugal und Spanien wurden zum Zweck der Darstellung in Schaubild 2 aus dem Sample entfernt, weil diese Länder bis in die späten siebziger Jahre hinein Diktaturen waren. Eine Berücksichtigung dieser Länder würde den dargestellten Liberalisierungstrend zusätzlich verstärken. Die 18 berücksichtigten Länder sind: Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Japan, Kanada, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, USA.

Schaubild 2: Der Fraser-Index wirtschaftlicher Freiheit: 18 OECD-Länder, 1970-2004

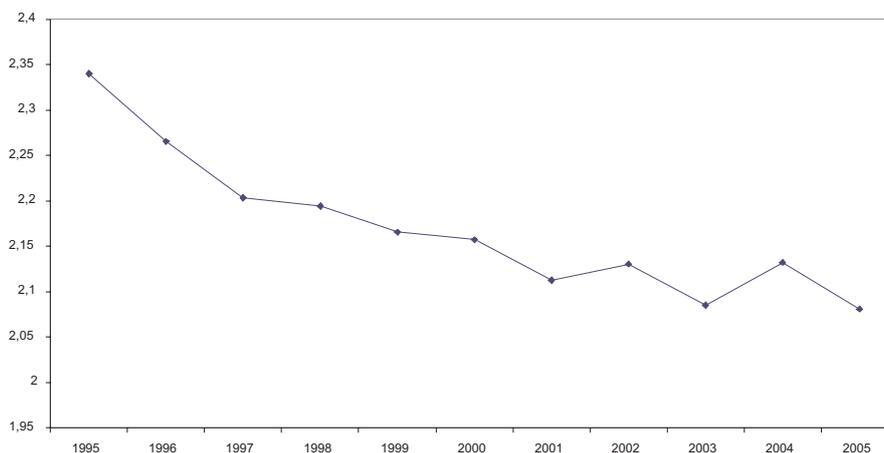


Im Einklang mit Olsons Beobachtungen zeigt die Kurve bis 1975 ein rückläufiges Ausmaß an wirtschaftlicher Freiheit an (und es darf mit Sicherheit angenommen werden, dass die Kurve auch für sechziger Jahre einen steigenden Grad politischer Regulierung der Wirtschaft, und also einen sinkenden Grad wirtschaftlicher Freiheit im Sinne des Fraser-Instituts, anzeigen würde). Allerdings setzte in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ein gegenläufiger Trend ein: Der Grad an wirtschaftlicher Freiheit nahm bis mindestens zur Jahrtausendwende wieder zu. Dieser Befund kann als erstes Indiz dafür gewertet werden, dass in den vergangenen zwei bis drei Dekaden marktschaffende Liberalisierungspolitik in signifikantem Ausmaß stattfand, sich der von Olson zutreffend beschriebene Trend nach Erscheinen seines Buchs also umkehrte.

Ist denkbar, dass dieser Befund spezifischen Problemen der Konstruktion des Fraser-Index geschuldet ist? In seiner Anlage, umfassende Informationen über den Grad an wirtschaftlicher Freiheit unter Berücksichtigung einer großen Anzahl von Ländern und Jahren in einer Maßzahl zu verdichten, ist der Index des Fraser-Instituts einzigartig. Mit einem ähnlichen Anspruch wurde der Index der Heritage Foundation konstruiert, der allerdings nur für den Zeitraum von 1996 bis 2004 – dafür aber in ein-Jahres-Schritten – vorliegt.²⁵ Der Index ist im Vergleich zum Fraser-In-

25 Ähnlich wie der Fraser-Index deckt auch der Index der Heritage Foundation Komponenten ab, die wiederum aus einer hohen Zahl von Einzelkomponenten zusammengesetzt wurden. Es handelt sich um folgende zehn Komponenten erster Ordnung: Handelspolitik; Steuerlast; direkte öffentliche Intervention in wirtschaftliche Abläufe; Geldpolitik; freier Kapitalfluss; Banken und Finanzen; Löhne und Preise; Eigentumsrechte; allgemeine Regulierungsdichte; Ausmaß informeller Marktaktivitäten.

Schaubild 3: Der Heritage-Index wirtschaftspolitischer Regulierung: 21 OECD-Länder, 1995-2004



der Index invers gepolt, nimmt also umso höhere Werte an, je niedriger der Grad an wirtschaftlicher Freiheit eingeschätzt wird. Schaubild 3 bildet die Entwicklung der durchschnittlichen Indexwerte für 21 OECD-Länder ab. Das durch Schaubild 2 nahegelegte Ergebnis scheint sich auch in Schaubild 3 zu bestätigen: Der Grad an wirtschaftlicher Freiheit nimmt tendenziell zu, in den neunziger Jahren allerdings deutlicher als in den 2000er Jahren.²⁶

Dieser Befund stimmt auch mit der Alltagserfahrung überein: Die westlichen Industrieländer befinden sich in einer Liberalisierungsphase. Freilich darf das Ausmaß an Liberalisierung nicht überschätzt werden. Die durch die Kurven angezeigten Liberalisierungsschritte bewegen sich in vergleichsweise engen Bandbreiten. Für Deutschland und andere Länder lassen sich zweifellos Sonderregulierungen im Sinne Olsons benennen, die der wirtschaftlichen Freiheit Grenzen setzen und deren Abschaffung heute genauso unrealistisch erscheint wie zur Mitte der siebziger Jahre. Beispielhaft seien das Beamtenrecht, die Unternehmensmitbestimmung und der öf-

26 Auch der Arbeitsmarktregulierungsindex der OECD, der erstmals für die späten achtziger Jahre vorliegt, indiziert einen Liberalisierungstrend, dem nahezu alle Industrieländer unterliegen. Für den Zeitraum bis 2003 werden nur für vier von zwanzig Ländern leichte Zunahmen an Regulierungsdichte angezeigt (keine Angaben für Neuseeland): Für Australien, Irland, Großbritannien und Frankreich. Der Index zeigt überdurchschnittliche Liberalisierungsschritte für Deutschland an (OECD 2004, S. 61-118, insbes. S. 117). Ein vierter für die vorliegende Fragestellung relevanter, kombinierter Index ist der OECD-Index der Produktmarktregulierung, der für die Jahre 1998 und 2003 und für alle hier betrachteten 21 Länder vorliegt. Es werden Liberalisierungsschritte für alle 21 Länder angezeigt. Das Ausmaß an Liberalisierung in Deutschland liegt, dem Index zufolge, genau im OECD-Durchschnitt (Conway/Janod/Nicoletti 2005, S. 59).

fentlich-rechtliche Rundfunk genannt. Gleichwohl wäre ebenso verfehlt, das Ausmaß der tatsächlich stattgefundenen Liberalisierung zu unterschätzen. Wer hätte zum Zeitpunkt des Erscheinens von RDN vorhergesagt, dass in Deutschland einmal der Ladenschluss liberalisiert, der Kündigungsschutz partiell gelockert, der so genannte Meisterzwang (großer Befähigungsnachweis) für zahlreiche Handwerksberufe abgeschafft und die Deutsche Bundespost zerschlagen und (teil)privatisiert würde? Vergleicht man die durch den Fraser-Index angezeigte Liberalisierung in Deutschland mit der Liberalisierungspolitik anderer Länder, kommt man zu dem Schluss, dass die deutsche Erfahrung den internationalen Trend eher unter- als überschätzt: Das Ausmaß an Liberalisierung in Deutschland erweist sich, unabhängig von der Länge des Beobachtungszeitraums und von der Berücksichtigung der Nachbarländer Griechenland, Portugal und Spanien, als eher unterdurchschnittlich.²⁷

Wie wurde die – aus Perspektive von RDN überraschende – Liberalisierungspolitik möglich? Nachfolgend wird diskutiert, ob die Instrumente der vergleichenden Policy-Forschung Aufschluss über Impulse und Barrieren von Liberalisierungspolitik geben. Dass Liberalisierungspolitik in den Industrieländern unterschiedliche Geschwindigkeiten und Schwerpunkte aufweist, macht den Ländervergleich zu einer Erfolg versprechenden Forschungsstrategie. Grundlage der folgenden Ausführungen sind Regressionsanalysen, die anhand unterschiedlicher Bestandteile des Fraser-Index und verschiedener Gruppen unabhängiger Variablen durchgeführt wurden. Vergleichbare Daten liegen für den Zeitraum 1985-2004 – also rund: die vergangenen zwei Jahrzehnte – vor. Eine eingehende Beschreibung der Analyse erfolgt an anderer Stelle.²⁸

Der besondere Reiz des Fraser-Index besteht in dem standardisierten Verfahren, das nicht nur den Ländervergleich, sondern auch den Vergleich zeitlicher Verläufe der Liberalisierungspolitik und den Vergleich über Politikfelder hinweg erlaubt (Gwartney/Lawson/Block 1996; Gwartney/Lawson 2006, S. 7-12, 175-183). Gleichwohl ist der Index in seiner Gesamtheit kritikwürdig. Das gilt für die große Heterogenität der berücksichtigten Komponenten und insbesondere für die Vermischung von *policy*- und *outcomes*-Variablen (De Haan/Lundström/Sturm 2006, S. 162-164). Für Zwecke der vergleichenden Analyse von Liberalisierungspolitik im beschriebenen Sinne sind vier Komponenten bzw. Subkomponenten des Fraser-Index besonders relevant:

Komponente 1: Größe des öffentlichen Sektors. In diese Komponente fließen Informationen über den Staatsverbrauch (Staatsquote), Transferzahlungen und Beihilfen, Steuersätze und öffentliche Unternehmen ein.

Komponente 2: Regulierung des Bankensektors. Diese Komponente beinhaltet Informationen über öffentliches Eigentum an Banken, über den Grad, in dem öffentli-

27 Dieses Ergebnis wird aber nicht von allen hier betrachteten Indizes angezeigt; vergleiche die Befunde der OECD (Fußnote 26), denen zufolge Deutschland nicht unterdurchschnittlich liberalisiert.

28 In Vorbereitung.

che Banken dem Wettbewerb mit Privatbanken ausgesetzt sind, über das Ausmaß öffentlicher Kredite an private Unternehmen und über die Regulierung des Zinswesens.

Komponente 3: Arbeitsmarktregulierung. Diese Komponente setzt sich aus Informationen über staatliche Mindestlöhne, Kündigungsschutz, Flächentarifverträge, öffentliche Lohnersatzleistungen sowie verpflichtenden Militärdienst zusammen.

Komponente 4: Bürokratie und unternehmerische Regulierungsdichte. Diese Komponente bildet die allgemeine Regulierungsdichte aus Sicht von Unternehmen ab. In sie fließen Informationen über Preiskontrollen, allgemeine Regulierungslast, Bürokratiedichte, Regulierung von Unternehmensgründungen sowie über den Grad öffentlicher Korruption²⁹ ein.

Für die Komponenten 1 bis 3 wurden das Ausmaß an Liberalisierungspolitik in den 21 betrachteten OECD-Länder zwischen 1985 und 2004 untersucht. Für Komponente 4 lagen die Daten nur für den Zeitraum 1995 bis 2004 vor. Nachfolgend werden ausgewählte, vorläufige Ergebnisse der Analyse stichwortartig referiert. Die Ergebnisse haben keinen abschließenden Charakter und dienen der Hypothesengenerierung für vertiefende Analysen.

Erstens: Allgemeiner Liberalisierungstrend. Die Daten indizieren einen allgemeinen Liberalisierungstrend, der über die vier betrachteten Komponenten aber ungleich verteilt ist. Die Komponente „Größe des öffentlichen Sektors“ unterliegt dem durchgreifendsten Liberalisierungstrend (durchschnittlicher Indexwert: +1.56). Alle 21 Länder haben im betrachteten Zeitraum ihre öffentlichen Sektoren liberalisiert. Bei den Komponenten „Bankensektor“ (+0.64) und „Arbeitsmarktregulierung“ (+0.77) war der Liberalisierungstrend schwächer. In jeweils fünf Ländern nahmen die Regulierungsdichten des Bankensektors und des Arbeitsmarkts entgegen dem Trend leicht zu.³⁰ Hingegen zeigt sich kein allgemeiner Trend zum Bürokratieabbau (-0.34). Für 15 Länder zeigt der Index zunehmende Bürokratiedichten aus Sicht der Unternehmen an, für die anderen sechs Länder abnehmende Regulierungsdichten.³¹

Zweitens: Unterschiedliche Liberalisierungspfade. Das Konzept der Liberalisierungspolitik bedarf der Disaggregation. Die Liberalisierung des öffentlichen Sektors und des Bankensektors sind untereinander signifikant positiv korreliert ($r = .55$, $p = .010$, $n = 21$), für alle anderen Kombinationen ergeben sich schwache Korrelationen, die sich nicht signifikant von Null unterscheiden. Die Komponenten der Liberalisierungspolitik haben unterschiedliche Determinanten.

Drittens: Aufholeffekte. Es zeigen sich starke Aufholeffekte dahingehend, dass sich

29 Letzteres ist vor allem für die vom Fraser-Index abgedeckten Entwicklungsländer relevant. In der betrachteten Ländergruppe variiert diese Subkomponente kaum.

30 Zunehmende Regulierung im Bankenbereich: Kanada, Frankreich, Japan, Großbritannien, USA. Zunehmende Regulierung der Arbeitsmärkte: Österreich, Kanada, Irland, Japan, Schweden.

31 Bürokratieabbau wird indiziert für: Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Japan, Österreich.

das Regulierungsniveau im Ausgangszeitpunkt (1985) als jeweils stärkste Determinante der Liberalisierungspolitik erweist. Die Korrelationen erreichen Stärken zwischen $r = -.42$ ($p = .056$, $n = 21$) und $r = -.88$ ($p = .000$, $n = 21$). Dieser Konvergenztrend ist substanziiell zu interpretieren: Offenbar entsteht Liberalisierungsdruck vor allem dort, wo die Regulierungsdichte überdurchschnittlich ist. Die Aufholeffekte sind so stark, dass alle weiteren Analysen nur unter statistischer Kontrolle für den Aufholeffekt sinnvoll erscheinen.

Viertens: Problemdruck. Unter statistischer Kontrolle für den Aufholeffekt erweist sich die Liberalisierung insbesondere im Bereich der Komponente „Banken“ als überdurchschnittlich, wo im ersten Jahrzehnt des Untersuchungszeitraums die Inflation überdurchschnittlich und das Wachstum unterdurchschnittlich waren. Länder mit anfangs hoher Inflation haben zudem den öffentlichen Sektor überdurchschnittlich liberalisiert. Entgegen der Erwartung zeigt sich kein Effekt dahingehend, dass Länder, die mit überdurchschnittlichen Schuldenständen in die erste Phase der EWU gestartet waren, anschließend überdurchschnittlich liberalisiert hätten.

Fünftens: Europäische Integration, Internationalisierung und Tertiarisierung. Im direkten Ländervergleich haben die Mitgliedsländer der Europäischen Union zwar leicht überdurchschnittlich liberalisiert. Dieses Mehr an Liberalisierung entfällt allerdings ausschließlich auf den Aufholeffekt. Kontrolliert man für letzteren, ergibt sich kein signifikanter Einfluss der EU-Mitgliedschaft auf das Liberalisierungsverhalten. Dieses Ergebnis wurde so nicht erwartet. Die Lehre vom Liberalisierungseffekt hoheitlicher Integration und der europäischen Integration im Besonderen (Hayek 1948;³² Olson 1982, S. 118-145;³³ Scharpf 1999) kann also etwas zur Klä-

32 In seinem Aufsatz „The Economic Conditions of Interstate Federalism“ aus dem Jahr 1939 findet sich eine frühe Beschreibung der europäischen Integration als Liberalisierungsmaschinerie. Ein integrierter europäischer Wirtschaftsraum ist, so Hayek, aus Sicht des Wirtschaftsliberalismus vor allem deshalb wünschenswert, weil seine Wirtschaftsordnung zwangsläufig nur eine liberale sein kann und dem Einfluss von nationalen Regierungen und Interessengruppen enge Grenzen setzt. „The absence of tariff walls and the free movements of men [...] limit to a great extent the scope of the economic policy of the individual states. If goods, men, and money can move freely over the interstate frontiers, it becomes clearly impossible to affect the prices of the different products through action by the national state. [...] Once frontiers cease to be closed and free movement is secured, all these national organizations, whether trade-unions, cartels, or professional associations, will lose their monopolistic position and thus, qua national organizations, their power to control the supply of their services and products“ (Hayek 1948, S. 258 und 261). Ich danke Armin Schäfer, der mich auf diese Schrift Hayeks aufmerksam machte.

33 In Kapitel 5 von RDA führt Olson den in der vorigen Fußnote beschriebenen Gedanken Hayeks fort, indem er kritisch fragt, ob die wohlfahrtsfördernden Wirkungen freien Außenhandels tatsächlich auf der Möglichkeit der Volkswirtschaften beruhen, sich auf ihre jeweiligen komparativen Vorteile zu konzentrieren. Die Schaffung von Freihandelszonen, so Olson, zerstört die Fähigkeit regional organisierter Sonderinteressengruppen, die freie Preisbildung zu ihren Gunsten zu beeinflussen; folglich brechen Kartelle in Freihandelszonen unweigerlich zusammen. Freihandel führt – im Licht von Olsons Theorie – also vor

runge der Frage beitragen, *wie* der Aufholeffekt in den Mitgliedsländern der Europäischen Union vonstatten ging. Entgegen der Erwartung liefert die Analyse der Fraser-Daten aber keine Hinweise darauf, dass die europäische Integration neben dem Aufholeffekt als *eigenständiger*, zusätzlicher Liberalisierungsimpuls zu werten wäre. Überdurchschnittliche Liberalisierungsschritte über die untersuchten Komponenten hinweg hat es beispielsweise auch in Neuseeland und in der Schweiz gegeben, in Ländern also, die keine Mitglieder der Europäischen Union sind.

Der Verdacht liegt nahe, dass der internationale Konvergenztrend der Internationalisierung der Produktions-, Produkt- und Kapitalmärkte geschuldet ist. In diesem Fall wäre aber zu erwarten, dass der Aufholimpuls in volkswirtschaftlich offenen Ländern stärker ausfallen sollte als in vergleichsweise geschlossenen. Unter statistischer Kontrolle für den Aufholeffekt zeigt sich aber kein die Liberalisierung treibender Effekt der wirtschaftlichen Offenheit. Die Liberalisierung des öffentlichen Sektors fällt sogar signifikant schwächer aus, wenn das Land über eine vergleichsweise offene Volkswirtschaft verfügt.³⁴ Dieses Ergebnis steht im Einklang mit der so genannten Kompensationshypothese, der zufolge gerade bei hoher Weltmarktabhängigkeit die Nachfrage nach einem starken Staat zunimmt (Garrett/Mitchell 2001; Rodrik 1998). Auch die Tertiarisierung (Schrumpfung des Industriesektors und Wachstum des Dienstleistungssektors) wurde in der Fachliteratur sowohl als Liberalisierungsimpuls als auch als Quelle eines Kompensationseffekts diskutiert. Im untersuchten Datensatz finden sich keine Anzeichen für entsprechende Effekte.

Sechstens: Parteieneffekte. Sowohl in der bivariaten Korrelation als auch unter statistischer Kontrolle des Aufholeffekts ergeben sich signifikante Zusammenhänge dahingehend, dass Linksparteien den Bankensektor überdurchschnittlich liberalisieren. Ein verlangsamender Effekt der Linksparteien auf die Arbeitsmarktliberalisierung zeigt sich dem Vorzeichen nach, verfehlt aber das Signifikanzniveau von $p < .100$. Betrachtet man ergänzend den vom Fraser-Institut ausgewiesenen Gesamtindex wirtschaftlicher Freiheit, zeigt sich ein starker Effekt dahingehend, dass Rechtsregierungen mehr liberalisieren als Linksparteien. Diese Ergebnisse sind wie folgt zu interpretieren: Angesichts der Stärke des Liberalisierungstrends ist zunächst festzustellen, dass sowohl Links- als auch Rechtsregierungen liberalisiert haben. Aber mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen: Rechtsregierungen haben offenbar mehr Vorbehalte gegenüber durchgreifender Liberalisierung des Bankenwesens als

allem deshalb zu höherem Wachstum „because free trade and factor movement evade and undercut distributional coalitions. If there is free international trade, there are international markets out of the control of any lobbies“ (Olson 1982, S. 142).

34 Dieses Ergebnis hält auch stand, wenn man zusätzlich für die Ländergröße kontrolliert. Eine Kontrolle für die Ländergröße erscheint sinnvoll, weil kleine Länder mit hoher Wahrscheinlichkeit außenhandelsorientierte, große Länder hingegen mit hoher Wahrscheinlichkeit vergleichsweise binnenorientierte Volkswirtschaften sind (Ländergröße und Offenheit, gemessen anhand eines Durchschnitts aus Export- und Importquoten, korrelieren mit $r = -.56$, $p = .010$, $n = 20$).

Linksparteien, während Linksparteien – trendmäßig – die Arbeitsmärkte unterdurchschnittlich liberalisieren.

Siebtens: Gewerkschaftsstärke. Erwartungsgemäß zeigt sich, auch unter statistischer Kontrolle für den Aufholeffekt, ein deutlich bremsender Effekt der Gewerkschaftsstärke auf die Liberalisierung der Arbeitsmärkte. Für die Liberalisierung des öffentlichen Sektors ergibt sich ein trendmäßig, aber nicht auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant bremsender Effekt der Gewerkschaftsstärke. Verwendet man zur Überprüfung der Verbändehypothese statt der Gewerkschaftsstärke Siaroffs Index des Interessengruppenpluralismus, ergeben sich ähnliche, in Bezug auf die Liberalisierung des öffentlichen Sektors sogar noch stärkere Ergebnisse.³⁵ Diese Befunde zeigen: (Liberalisierungs-)Politik gegen Verbände *ist*, anders als RDN vermuten ließ, möglich; aber sie *ist tatsächlich*, wie von Olson dargelegt, Politik *gegen* Verbände.

Achtens: Institutionen des politischen Systems. Hinsichtlich der Unterscheidung zwischen Mehrheits- und Verhandlungsdemokratien ergeben sich Ergebnisse, die parallel zu den Ergebnissen zur Gewerkschaftsstärke und zum Interessengruppenpluralismus verlaufen: Unter statistischer Kontrolle für den Aufholeffekt haben die Mehrheitsdemokratien den öffentlichen Sektor deutlich überdurchschnittlich, die Verhandlungsdemokratien hingegen unterdurchschnittlich liberalisiert (Lijpharts Exekutive-Parteien-Dimension). Dafür scheint der Bürokratieabbau in den Verhandlungsdemokratien erfolgreicher verlaufen zu sein. Für Lijpharts zweite Dimension (Föderalismus-Unitarismus-Dimension) und die daraus abgeleiteten Vetopunkte-Indizes ergeben sich unter statistischer Kontrolle für den Aufholeffekt keine signifikanten Zusammenhänge.

Fazit: Warum schwindet die institutionelle Sklerose?

In diesem Beitrag wurde der fünfundzwanzigste Geburtstag von Mancur Olsons „The Rise and Decline of Nations“ zum Anlass für eine Aufarbeitung der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Olson, für einen imaginären Dialog zwischen RDN und dem mit ihm konkurrierenden Korporatismuskonzept und für eine Diskussion sich daraus ergebender Forschungsfragen genommen. Ich habe herausgestellt, dass Olson RDN – mutigerweise – als *allgemeine* Theorie formuliert und seiner Argumentation eine lange Kausalkette zugrunde gelegt hat, die vom Alter einer Demokratie über die sich daraus ergebende Struktur des Verbändewesens und den daraus folgenden wirtschaftlichen (und moralischen) Verfall der Gesellschaft bis zur geringen Wahrscheinlichkeit einer diese Prozesse umkehrenden Liberalisierungspolitik verläuft. Die empirische Bestätigung für diese Kausalkette blieb allerdings schwach. Das gilt sowohl für die These von der kumulativen Entwicklung des Ver-

35 Allerdings zeigt sich – auch unter statistischer Kontrolle des Aufholeffekts –, dass korporatistische Länder den Bürokratieabbau überdurchschnittlich vorangetrieben haben bzw. dass dieser in den Ländern mit Interessengruppenpluralismus am wenigsten gelang.

bändewesens über die Zeit als auch für seine vermuteten zerstörerischen Wirkungen auf die wirtschaftliche Prosperität. Rechnet man über alle verfügbaren Fälle westlicher Industrieländer hinweg, zeigen sich ebenso wenig Belege für die durchgreifend schädliche Wirkung von Verteilungskoalitionen wie für eine mitunter in der Frühphase der Korporatismusforschung vermutete allgemeine Überlegenheit korporatistischer Interessenvermittlung.

Gleichwohl würde niemand bestreiten, dass es im Erfahrungsschatz der Verbändeforschung zahlreiche Fälle gab und immer noch gibt, in denen sich Verbände jeweils genau so verhalten haben, wie es Olson einerseits, Korporatismusforschung andererseits beschrieben haben. Als *spezielle* Theorien sind und bleiben die Theorie der Verteilungskoalitionen und die Korporatismustheorie potenziell leistungsfähig. Spezielle Theorien setzen allerdings eine präzise Angabe der Randbedingungen voraus, unter denen sie zur Erklärung von Kausalzusammenhängen gültig sein sollen. Bis die Benennung dieser Bedingungen erfolgt, sind sie entweder unbestätigte allgemeine Theorien, oder aber Heuristiken, von denen zunächst offen bleibt, in welchen Fällen sie sich als fruchtbar erweisen und in welchen nicht. Wie ich gezeigt habe, hat die in RDN beschriebene Heuristik der Verteilungskoalition in der deutschen Politikwissenschaft der vergangenen 25 Jahre enorm viel Boden gut gemacht. Das trifft vor allem auf die Analyse der Gewerkschaften zu. Statt des Vokabulars der Korporatismusforschung der siebziger und achtziger Jahre wird zu deren Charakterisierung heute vermehrt das Bild einer exklusiven Gruppe verwendet, der es mal mehr, mal weniger gelingt, durch auf die Sozialpolitik gerichtete Lobbytätigkeit eigene Anpassungskosten an die Gesellschaft zu externalisieren – was nichts anderes ist als Olsons Heuristik einer Verteilungskoalition.

Wie ich des weiteren gezeigt habe, hat sich eine entscheidende – den provokanten Titel von RDN erst rechtfertigende – Prognose Olsons nicht bewahrheitet: Seine Vermutung, es sei nicht möglich oder doch sehr unwahrscheinlich, dass sich Gesellschaften in Friedenszeiten mittels marktschaffender Politik aus eigener Kraft aus der (in Olsons Vokabular) institutionellen Sklerose befreien. Tatsächlich zeigen ländervergleichende Indizes an, dass in den 25 Jahren nach Erscheinen von Olsons Buch – anders als in dem von Olson analysierten Zeitraum – Liberalisierungspolitik stattgefunden hat. In der politikökonomischen Theoriegeschichte steht Olson keineswegs allein damit, eine längere Liberalisierungsphase nicht vorhergesehen zu haben. Die Mehrzahl der Theoretiker des „modernen“ Kapitalismus ging im Lauf des vergangenen Jahrhunderts von einer kumulativen Zunahme marktbegrenzender Institutionen und einer damit korrespondierenden abnehmenden Bedeutung des Privateigentums und der über Märkte vermittelten Akkumulation und Distribution aus. Das gilt für Wagners Gesetz der steigenden Staatsausgaben ebenso wie für die deutschen Theorien des organisierten Kapitalismus (Hilferding, Sombart) und des Staatskapitalismus (Pollock), Schumpeters Kapitalismustheorie, Shonfields „Modern Capitalism“, die zahlreichen Spielarten der spät- und postmarxistischen Kapitalismustheorien (staatsmonopolistischer Kapitalismus, Spätkapitalismus) und die amerikani-

schen Theorien zur Managerherrschaft (Berle/Means), zur *techno structure* und zur Industriegesellschaft (Galbraith). Keiner der genannten Theoretiker hielt es für möglich, dass die „postliberale“ Phase des Kapitalismus einmal durch eine nachhaltige Gegenbewegung abgelöst werden würde. Olsons RDN, anders als die meisten oben genannten Entwürfe aus einer dezidiert liberalen Perspektive formuliert, fügt sich nahtlos in diese insbesondere für die zwanziger bis siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts typische Interpretation des dominanten Entwicklungspfads entwickelter marktwirtschaftlicher Systeme ein. Der Übergang in die Liberalisierungsphase markiert deshalb einen Strukturbruch in der diachronen Entwicklung der entwickelten Industrieländer. Über die tiefer liegenden Quellen dieses Übergangs weiß die vergleichende Politische Ökonomie, über ad hoc-Hypothesen hinausgehend, bisher wenig.

Mit dem Ziel der Hypothesengenerierung habe ich diskutiert, ob die Methoden der vergleichenden Policy-Forschung geeignet sind, Aufschluss über die Anstöße der Liberalisierungspolitik herbeizuführen. In der Tat macht die Unterschiedlichkeit der Geschwindigkeiten und Schwerpunktsetzungen nationaler Liberalisierungspolitiken den Ländervergleich zu einer vielversprechenden Forschungsstrategie, und möglicherweise beherbergen Einsichten in die Ursachen der *Unterschiede* zwischen Liberalisierungspolitiken gleichzeitig Aufschlüsse über die ursächlichen *Quellen* wirtschaftlicher Liberalisierung. Allerdings werden die am nächsten liegenden Hypothesen über die Ursachen der Entstehung von Liberalisierungspolitik nicht oder allenfalls schwach gestützt. Liberalisierung findet vor allem statt, wo die Regulierungsdichte überdurchschnittlich ist. Dieser Aufholeffekt deutet auf einen Konvergenztrend. Dies festzustellen, ist eines – zu verstehen, warum dieser Trend eingesetzt hat, etwas anderes.

Entgegen den Erwartungen tragen die drei säkularen Transformationen der vergangenen drei Jahrzehnte – Internationalisierung, Tertiarisierung und europäische Integration – nichts, nur wenig oder nur vermittelt über andere, in der vorliegenden Analyse nicht aufgegriffene Variablen zur Erklärung des Eintritts in die Liberalisierungsphase bei. Eine gewisse Stützung erfährt die Problemdruckhypothese: Länder, die zu Beginn des Beobachtungszeitraums überdurchschnittliche Inflationsraten aufwiesen, haben überdurchschnittlich liberalisiert. Über die Ursachen des Übergangs der entwickelten Industrieländer in die Liberalisierungsphase besteht in den zuständigen Disziplinen bisher kein überzeugender Aufschluss. Es bleibt abzuwarten, ob und in wieweit die politökonomische Forschung zum nächsten runden Geburtstag von RDN befriedigenden Antworten näher gekommen ist.

Literatur

- Abelshausen, Werner, 2003: *Kulturkampf. Der deutsche Weg in die Neue Wirtschaft und die amerikanische Herausforderung*, Berlin: Kulturverlag Kadmos.
- Alemann, Ulrich von, 2000: *Vom Korporatismus zum Lobbyismus? Die Zukunft der Verbände zwischen Globalisierung, Europäisierung und Berlinisierung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B26-27, S. 3-6.
- Alvarez, R. Michael, Geoffrey Garrett und Peter Lange, 1991: *Government Partisanship, Labor Organization, and Macroeconomic Performance*, in: *American Political Science Review* 85, S. 539-556.
- Armingeon, Klaus, 2005: *Probleme des Übergangs vom Korporatismus zum Pluralismus*, in: Ferdinand Karlhofer und Emmerich Tálos (Hrsg.), *Sozialpartnerschaft. Österreichische und Europäische Perspektiven*, Wien/Münster: Lit Verlag, S. 135-158.
- Armingeon, Klaus et al., 2007: *Comparative Political Dataset*, University of Bern.
- Avdagic, Sabina, 2005: *State-Labour Relations in East Central Europe. Explaining Variations in Union Effectiveness*, in: *Socio-Economic Review* 3, S. 25-54.
- Beyma, Klaus von, 1986: *The Contemporary Relevance of the Concept of the State*, in: *International Political Science Review* 7, S. 115-119.
- Beyma, Klaus von, 2004: *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*, 10., aktualisierte Aufl., Wiesbaden: VS Verlag.
- Baumol, William J., 1967: *Macroeconomics of Unbalanced Growth: The Anatomy of Urban Crisis*, in: *American Economic Review* 57, S. 415-426.
- Bruno, Michael und Jeffrey D. Sachs, 1985: *Economics of Worldwide Stagflation*, Cambridge: Harvard University Press.
- Calmfors, Lars und Edward John Driffill, 1988: *Bargaining Structure, Corporatism and Macroeconomic Performance*, in: *Economic Policy* 3, S. 13-61.
- Cameron, David R., 1988: *Distributional Coalitions and other Sources of Economic Stagnation: On Olson's Rise and Decline of Nations*, in: *International Organization* 42, S. 561-603.
- Castles, Francis G., 1991: *Democratic Politics, War and Catch-Up. Olson's Thesis and Long-Term Economic Growth in the English-Speaking Nations of Advanced Capitalism*, in: *Journal of Theoretical Politics* 3, S. 5-25.
- Choi, Kwang, 1983: *A Statistical Test of Olson's Model*, in: Dennis C. Mueller (Hrsg.), *The Political Economy of Growth*, New Haven: Yale University Press, S. 57-78.
- Conway, Paul, Véronique Janod und Giuseppe Nicoletti, 2005: *Product Market Regulation in OECD Countries: 1998 to 2003*. OECD Economics Department Working Papers 419, Paris: OECD.
- Crepaz, Markus L., 1992: *Corporatism in Decline? An Empirical Analysis of the Impact of Corporatism on Macroeconomic Performance and Industrial Disputes in 18 Industrialized Democracies*, in: *Comparative Political Studies* 25, S. 139-168.
- Crouch, Colin, 1990: *Trade Unions in the Exposed Sector: Their Influence on Neo-corporatist Behaviour*, in: Renato Brunetta und Carlo Dell'Aringa (Hrsg.), *Labor Relations and Economic Performance*, London: Macmillan, S. 68-91.
- Crouch, Colin, 2006: *Neo-Corporatism and Democracy*, in: Colin Crouch und Wolfgang Streeck (Hrsg.), *The Diversity of Democracy: Corporatism, Social Order and Political Conflict*, London: Edward Elgar, S. 46-70.
- Czada, Roland, 1983: *Konsensbedingungen und Auswirkungen neokorporatistischer Politikentwicklung*, in: *Journal für Sozialforschung* 23, S. 421-439.
- Czada, Roland, 1994: *Konjunkturen des Korporatismus: Zur Geschichte eines Paradigmenwechsels in der Verbändeforschung*, in: Wolfgang Streeck (Hrsg.), *Staat und Verbände*. PVS-Sonderheft 25, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 37-64.

- Czada, Roland, 2003: Der „selektive Korporatismus“ als institutionelles Arrangement, in: Sonja Buckel, Regina-Maria Dackweiler und Ronald Noppe (Hrsg.), Formen und Felder politischer Intervention. Zur Relevanz von Staat und Steuerung. Festschrift für Josef Esser, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 69-87.
- De Haan, Jakob, Susanna Lundström und Jan-Egbert Sturm, 2006: Market-Oriented Institutions and Policies and Economic Growth: A Critical Survey, in: *Journal of Economic Surveys* 20, S. 157-191.
- Dell' Aringa, Carlo und Manuela Samek Lodovici, 1992: Industrial Relations and Economic Performance, in: Tiziano Treu (Hrsg.), Participation in Public Policy Making. The Role of Trade Unions and Employers' Associations, Berlin/New York: de Gruyter, S. 26-58.
- Ebbinghaus, Bernhard, 2002: Dinosaurier der Dienstleistungsgesellschaft? Der Mitglieder-schwund deutscher Gewerkschaften im historischen und internationalen Vergleich. MPIfG Working Paper 2002/03, Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Enderlein, Henrik, 2004: Nationale Wirtschaftspolitik in der europäischen Währungsunion, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Freeman, Richard B., 1988: Labour Market Institutions and Economic Performance, in: *Economic Policy* 6, S. 63-80.
- Ganghof, Steffen, 2005: Kausale Perspektiven in der vergleichenden Politikwissenschaft: X-zentrierte und Y-zentrierte Forschungsdesigns, in: Sabine Kropp und Michael Minkenberg (Hrsg.), Vergleichen in der Politikwissenschaft, Wiesbaden: VS Verlag, S. 76-93.
- Garrett, Geoffrey und Deborah Mitchell, 2001: Globalization, Government Spending and Taxation in the OECD, in: *European Journal of Political Research* 39, S. 145-177.
- Gwartney, James D. und Robert Lawson, 2006: Economic Freedom of the World. 2006 Annual Report, Vancouver: Fraser Institute.
- Gwartney, James D., Robert Lawson und Walter Block, 1996: Economic Freedom of the World: 1975-1995, Vancouver: Fraser Institute.
- Hartmann, Jürgen, 1995: Verteilungskonkurrenzen und streunende Banditen: Mancur Olsons Tagesreisen in die Komparatistik, in: *Leviathan* 23, S. 102-114.
- Hassel, Anke, 2006: Wage Setting, Social Pacts and the Euro. A New Role for the State, Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Hassel, Anke und Christine Trampusch, 2006: Verbände und Parteien: Die Dynamik von Parteikonflikten und die Erosion des Korporatismus, in: Jens Beckert et al. (Hrsg.), Transformationen des Kapitalismus. Festschrift für Wolfgang Streeck zum sechzigsten Geburtstag, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 111-132.
- Hayek, Friedrich A., 1948: The Economic Conditions of Interstate Federalism, in: Individualism and Economic Order, Chicago/London: University of Chicago Press, S. 255-272.
- Heitger, Bernhard, 1987: Corporatism, Technological Gaps and Growth in OECD Countries, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 123, S. 463-473.
- Hicks, Alexander, 1988: Social Democratic Corporatism and Economic Growth, in: *Journal of Politics* 50, S. 677-704.
- Höpner, Martin, 2004: Der organisierte Kapitalismus in Deutschland und sein Niedergang. Unternehmenskontrolle und Arbeitsbeziehungen im Wandel, in: Roland Czada und Reinhard Zintl (Hrsg.), Staat und Markt. PVS-Sonderheft 2003, Wiesbaden: VS Verlag, S. 300-324.
- Institut der deutschen Wirtschaft, 2006: Deutschland in Zahlen 2006, Köln: IW.
- Keller, Berndt, 1990: Interessenorganisation und Interessenvermittlung. Die Grenzen eines neoklassischen Institutionalismus in Olsons „Rise and Decline of Nations“, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 42, S. 502-524.
- Lehmbruch, Gerhard, 1979: Consociational Democracy, Class Conflict, and the New Corporatism, in: Philippe C. Schmitter und Gerhard Lehmbruch (Hrsg.), Trends towards Corporatist Intermediation, Beverly Hills/London: Sage, S. 53-62.

- Lehmbruch, Gerhard, 1983: Neokorporatismus in Westeuropa: Hauptprobleme im internationalen Vergleich, in: *Journal für Sozialforschung* 23, S. 407-420.
- Lehmbruch, Gerhard, 1986: Die Messung des Einflusses von „Verteilungskonkordien“: Zu Weedes Überprüfung von Olsons Stagnationshypothese, in: *Politische Vierteljahresschrift* 27, S. 415-419.
- Lehmbruch, Gerhard, 1996: Der Beitrag der Korporatismusforschung zur Entwicklung der Steuerungstheorie, in: *Politische Vierteljahresschrift* 37, S. 735-751.
- Lehmbruch, Gerhard, 2000: Institutionelle Schranken einer ausgehandelten Reform des Wohlfahrtsstaates. Das Bündnis für Arbeit und seine Erfolgsbedingungen, in: Roland Czada und Hellmut Wollmann (Hrsg.), *Von der Bonner zur Berliner Republik. 10 Jahre Deutsche Einheit. Leviathan-Sonderheft 19*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 89-112.
- Maddison, Angus, 1995: *Monitoring the World Economy 1820-1992*, Paris: OECD.
- Manow, Philip und Eric Seils, 2000: The Employment Crisis of the German Welfare State, in: *West European Politics* 23, S. 138-160.
- Marx, Karl und Friedrich Engels, 1972: *Marx-Engels-Werke (MEW)*. Band 4, Berlin: Dietz.
- Nardinelli, Clark, Myles S. Wallace und John T. Warner, 1987: Explaining the Differences in State Growth: Catching Up versus Olson, in: *Public Choice* 32, S. 201-213.
- Obinger, Herbert, 2003: Die Politische Ökonomie des Wirtschaftswachstums, in: Herbert Obinger, Uwe Wagschal und Bernhard Kittel (Hrsg.), *Politische Ökonomie. Demokratie und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit*, Opladen: Leske+Budrich, S. 113-149.
- Obinger, Herbert, 2004: *Politik und Wirtschaftswachstum. Ein internationaler Vergleich*, Wiesbaden: VS Verlag.
- OECD, 2004: *Employment Outlook*, Paris: OECD.
- Offe, Claus, 1984: Korporatismus als System nichtstaatlicher Makrosteuerung? Notizen über seine Voraussetzungen und seine demokratischen Gehalte, in: *Geschichte und Gesellschaft* 10, 2, S. 234-256.
- Olson, Mancur, 1965: *The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of Groups*, Cambridge: Harvard University Press.
- Olson, Mancur, 1982: *The Rise and Decline of Nations. Economic Growth, Stagflation, and Social Rigidities*, New Haven/London: Yale University Press.
- Olson, Mancur, 1986a: An Appreciation of the Test and Criticisms, in: *Scandinavian Political Studies* 9, S. 65-80.
- Olson, Mancur, 1986b: A Theory of the Incentives Facing Political Organizations: Neo-Corporatism and the Hegemonic State, in: *International Political Science Review* 7, S. 165-189.
- Olson, Mancur, 1991a: *Ökonomie, Soziologie und die beste aller möglichen Welten (1968)*, in: *Umfassende Ökonomie*. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Monika Streisler, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), S. 157-187.
- Olson, Mancur, 1991b: *Rasches Wirtschaftswachstum als destabilisierender Faktor (1963)*, in: *Umfassende Ökonomie*. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Monika Streisler, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), S. 129-156.
- Olson, Mancur, 1995: *The Varieties of Eurosclerosis. The Rise and Decline of Nations since 1982*. Jean Monnet Chair Papers 32. Florence: Robert Schuman Centre at the European University Institute.
- Paloheimo, Heikki, 1990: Between Liberalism and Corporatism: The Effect of Trade Unions and Governments on Economic Performance in Eighteen OECD Countries, in: Renato Brunetta und Carlo Dell' Aringa (Hrsg.), *Labor Relations and Economic Performance*, Houndmills: Macmillan, S. 353-377.
- Park, Myung-Joon, 2007: *Corporatism in Dual Transition Countries: South Korea and Spain*, Köln: Dissertationsschrift (unveröffentlicht).
- Pryor, Frederic L., 1983: A Quasi Test of Olson's Hypotheses, in: Dennis C. Mueller (Hrsg.) *The Political Economy of Growth*, New Haven: Yale University Press, S. 90-105.

- Pryor, Frederic L., 1987: Testing Olson: Some Statistical Problems, in: *Public Choice* 52, S. 223-228.
- Rachel, Gabriele, 1981: Der Neokorporativismus – ein reaktionäres Konzept imperialistischer Herrschaftssicherung, in: *IPW-Berichte* 10, S. 8-13 und 20.
- Rhein-Kress, Gaby von, 1992: Die politische Steuerung des Arbeitsangebots. Die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und die Schweiz im internationalen Vergleich, Westdeutscher Verlag: Opladen.
- Rodrik, Dani, 1998: Why do more Open Economies have Bigger Governments?, in: *Journal of Political Economy* 106, S. 997-1032.
- Rowthorn, Robert und Ramana Ramaswamy, 1997: Deindustrialization: Causes and Implications. IMF Working Paper 97/42, Washington: International Monetary Fund.
- Scarpetta, Stefano, 1996: Assessing the Role of Labour Market Policies and Institutional Settings on Unemployment: A Cross-Country Study, in: *OECD Economic Studies* 26, S. 43-98.
- Scharpf, Fritz W., 1987: Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Scharpf, Fritz W., 1988: Inflation und Arbeitslosigkeit in Westeuropa. Eine spieltheoretische Interpretation, in: *Politische Vierteljahresschrift* 29, S. 6-41.
- Scharpf, Fritz W., 1999: *Governing in Europe – Effective and Democratic?*, New York: Oxford University Press.
- Schmid, Josef, 1993: Parteien und Verbände. Konstitution, Kontingenz und Koevolution im System der Interessenvermittlung, in: Roland Czada und Manfred G. Schmidt (Hrsg.), *Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit*. Festschrift für Gerhard Lehmbuch, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 171-189.
- Schmidt, Manfred G., 1982: Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Schmidt, Manfred G., 1986: Politische Bedingungen erfolgreicher Wirtschaftspolitik. Eine vergleichende Analyse westlicher Industrieländer (1960-1985), in: *Journal für Sozialforschung* 26, S. 251-273.
- Schmidt, Manfred G., 1992: Zur politischen Logik wirtschaftlichen Handelns, in: Heidrun Abromeit und Ulrich Jürgens (Hrsg.), *Die politische Logik wirtschaftlichen Handelns*, Berlin: edition sigma, S. 13-23.
- Schmidt, Manfred G., 1995: Policy-Forschung, in: Arno Mohr (Hrsg.), *Grundzüge der Politikwissenschaft*, München/Wien: Oldenbourg, S. 567-604.
- Schmidt, Manfred G., 2007: *Das politische System Deutschlands. Institutionen, Willensbildung und Politikfelder*, München: Beck.
- Schmitter, Philippe C., 1974: Still the Century of Corporatism?, in: *Review of Politics* 36, S. 85-131.
- Schmitter, Philippe C., 1979: Interessenvermittlung und Regierbarkeit, in: Ulrich von Alemann und Rolf G. Heinze (Hrsg.), *Verbände und Staat. Vom Pluralismus zum Korporatismus. Analysen, Positionen, Dokumente*, Opladen: Leske+Budrich, S. 92-114.
- Schmitter, Philippe C. und Wolfgang Streeck, 1985: Community, Market, State – and Associations? The Prospective Contribution of Interest Governance to Social Order, in: *European Sociological Review* 1, S. 119-138.
- Schott, Kerry, 1984: *Policy, Power and Order. The Persistence of Economic Problems in Capitalist States*, New Haven/London: Yale University Press.
- Streeck, Wolfgang, 1994: Staat und Verbände: Neue Fragen. Neue Antworten?, in: Wolfgang Streeck (Hrsg.), *Staat und Verbände. PVS-Sonderheft 25*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 7-34.

- Streeck, Wolfgang, 1999: Verbände als soziales Kapital: Von Nutzen und Nutzung des Korporatismus in einer Gesellschaft im Wandel. MPIfG Working Paper 1999/2, Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Streeck, Wolfgang, 2001: Tarifautonomie und Politik: Von der Konzertierten Aktion zum Bündnis für Arbeit, in: Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Hrsg.), *Die deutschen Arbeitsbeziehungen am Anfang des 21. Jahrhunderts*. Wissenschaftliches Kolloquium aus Anlass des Ausscheidens von Dr. Werner Stumpfe als Präsident von Gesamtmetall, Köln: Deutscher Institutsverlag, S. 76-102.
- Streeck, Wolfgang, 2003: No Longer the Century of Corporatism. Das Ende des „Bündnisses für Arbeit“. MPIfG Working Paper 2003/4, Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Streeck, Wolfgang, 2005: Industrial Relations: From State Weakness as Strength to State Weakness as Weakness. Welfare Corporatism and the Private Use of Public Interest, in: Simon Green und William E. Paterson (Hrsg.), *Governance in Contemporary Germany: The Semi-sovereign State Revisited*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 138-164.
- Streeck, Wolfgang und Anke Hassel, 2004: The Crumbling Pillars of Social Partnership, in: Herbert Kitschelt und Wolfgang Streeck (Hrsg.), *Germany Beyond the Stable State*, London/Portland: Frank Cass, S. 101-124.
- Streeck, Wolfgang und Philippe C. Schmitter, 1985: Gemeinschaft, Markt und Staat – und die Verbände? Der mögliche Beitrag von Interessenregierungen zur sozialen Ordnung, in: *Journal für Sozialforschung* 25, S. 133-157.
- Unger, Brigitte und Frans van Waarden, 1999: Interest Associations and Economic Growth: A Critique of Mancur Olson's Rise and Decline of Nations, in: *Review of International Political Economy* 6, S. 425-467.
- Voelzkow, Helmut und Josef Hilbert, 1992: Staat, Politik und verbandliche Steuerung. Kritische Anmerkungen zu Olsons Analyse des „Aufstiegs und Niedergangs von Nationen“, in: Klaus Schubert (Hrsg.), *Leistungen und Grenzen Politisch-Ökonomischer Theorien*. Eine kritische Bestandsaufnahme zu Mancur Olson, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 127-138.
- Weede, Erich, 1986a: Demokratie, Verteilungskonkordien und Stagnation. Antwort auf Gerhard Lehbruch, in: *Politische Vierteljahresschrift* 27, S. 419-422.
- Weede, Erich, 1986b: Verteilungskonkordien, Staatstätigkeit und Stagnation, in: *Politische Vierteljahresschrift* 27, S. 222-236.
- Weede, Erich, 1987: A Note on Pryor's Criticism of Olson's Rise and Decline of Nations, in: *Public Choice* 52, S. 215-222.
- Weßels, Bernhard, 2007: Organisierte Interessen und Rot-Grün: Temporäre Beziehungsschwäche oder zunehmende Entkopplung zwischen Parteien und Verbänden?, in: Christoph Egle und Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.), *Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 151-167.